



---

**40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur**

**Gremium:**

**Ausschuss für Kultur**

**Sitzungstermin:**

**Donnerstag, 16.08.2012, 18:00 Uhr**

**Ort, Raum:**

**Raum 107, Hegelallee , Haus 9**

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung/ Feststellung der Anwesenheit und der ordnungsgemäßen Ladung/ Bestätigung der Protokolle vom 24.05.2012 und vom 29.05.2012/ Feststellung der Tagesordnung
  
- 2 Vorstellung des Projektes "yopegu- barrierefreier Audioguide"
  
- 3 Russisches Militärstädtchen Nr. 7  
  
**12/SVV/0382**  
  
Verfasser: Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum  
Verfasser 2: Frau Dr. Seemann
  
- 4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013  
  
**11/SVV/0907**  
  
Verfasser: Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
neue Fassung vom 23.04.2012;  
WV StVV Juni 2012
  
- 5 Mitteilungen der Verwaltung  
  
- Gestaltung der "Brandwand" an der SLB  
- Standortfindung für das Theaterschiff  
- Sachstand zur Betreibung der Schinkelhalle
  
- 6 Sonstiges



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**12/SVV/0382**

**Betreff:**  
**Russisches Militärstädtchen Nr. 7**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 11/SVV/0299**

Erstellungsdatum	18.05.2012
Eingang 902:	18.05.2012

Einreicher: FB Kultur und Museum

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
06.06.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

### Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Der FB Kultur und Museum hat am 15.05.2012 in Zusammenarbeit mit dem FB Grün- und Verkehrsflächen an die „Gedenkstätte Leistikowstraße 1“, Frau Dr. Reich, einen Werkvertrag vergeben.

Dieser Werkvertrag beinhaltet die Umsetzung des Beschlusses der STVV (Vorlage: 11/SVV/0299), der die Erstellung einer Konzeption zum Umgang und Erhalt der noch vorhandenen Relikte des ehemaligen russischen Militärstädtchen Nr. 7 vorsieht.

Konkrete Absprachen mit Frau Dr. Reich haben dazu am 25.4.2012 stattgefunden.

Die dafür notwendigen inhaltlichen Arbeiten der Konzepterstellung erstrecken sich, nach Aussage der Leiterin der Gedenkstätte Frau Dr. Reich, über mehrere Wochen.

Die Erstellung der Konzeption erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Potsdam Museum.

### Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt       zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Der notwendig zu vergebene Werkvertrag über eine Höhe von 3000,00 Euro wird wie folgt finanziert: 1.500,00 Euro trägt der Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen und 1.500,00 Euro werden durch den Fachbereich Kultur und Museum getragen.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Anlage:

Beschluss der SVV vom 27.06.2011 zur DS 11/SVV/0299



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

**BESCHLUSS**  
**der 33. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der**  
**Landeshauptstadt Potsdam am 27.06.2011**

Russisches Militärstädtchen Nr. 7  
Vorlage: 11/SVV/0299

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der „Gedenkstätte Leistikowstraße“ ein Konzept zur Erinnerung an das ehemalige russische Militärstädtchen Nr. 7 (Teile der Nauener Vorstadt) zu erarbeiten und der StVV zur Beschlussfassung vorzulegen.**

**Dabei sind noch vorhandene Relikte (z.B. Ehrentafel in der Straße Am Neuen Garten gegenüber Kaiserin-Augusta-Stift sowie bauliche Zeugen Große Weinmeisterstraße Ecke Glumestraße) zu erhalten, ihre Instandsetzung zu planen und im Straßenbild erlebbar werden zu lassen. Dazu sind geeignete Formen der Kommentierung (Schautafel, interaktive Displays, o.ä.) vorzusehen.**

**Dem Kulturausschuss ist im November 2011 ein Zwischenbericht vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss wird \_\_\_1\_\_\_ Seite beigefügt.

Potsdam, den 28. Juni 2011

Ziegenbein  
Leiterin des Büros

Stempel



Landeshauptstadt  
Potsdam

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**11/SVV/0907**

**Betreff:**

öffentlich

### Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 17.11.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Jugendhilfeausschuss Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
20.12.2011	Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung		
20.12.2011	Ausschuss für Kultur		
21.12.2011	Hauptausschuss		
10.01.2012	Ausschuss für Eingaben und Beschwerden		
11.01.2012	Ausschuss für Finanzen		

#### Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Grundlagen für die detaillierte Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sind:

- die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung, die mit dem Haushaltsplan 2012 für das Haushaltsjahr 2013 vorgegeben werden
- der Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingung für den Haushaltsjahr 2013 (Anlage 1)
- die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche (Anlage 2)
- die von den Geschäftsbereichen definierten Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2013 (Anlage 3)
- die Maßgaben zu den Konsolidierungspotentialen (Anlage 4).

Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene **Fehlbedarf** in Höhe von insgesamt **11,3 Mio. Euro** soll nicht überschritten werden.

2. Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013. Zur Absicherung der Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2013 eine **Kreditaufnahme** in Höhe von **1,7 Mio. Euro** veranschlagt. Dieser Betrag soll im Rahmen der Erstellung des Finanzplanentwurfes für 2013 nicht überschritten werden.

**Fortsetzung Beschlusstext Seite 3**

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

#### Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Bei Einhaltung der vorgeschlagenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 beträgt der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt 2013 höchstens – **11,3 Mio. Euro**. Dieser Wert entspricht der im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 erfolgten mittelfristigen Ergebnisplanung für 2013.

ggf. Folgeblätter beifügen

  
Oberbürgermeister  
Geschäftsbereich 1  
Geschäftsbereich 2  
Geschäftsbereich 3  
Geschäftsbereich 4

**Fortsetzung Beschlusstext:**

3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
4. Etwaige Veränderungen bei **nichtzahlungswirksamen** Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
5. Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt in weiten Bereichen über eine moderne Infrastruktur sowie breite und qualitativ hochwertige Einrichtungen in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur und Bildung. Dieses Angebot rechtfertigt eine sozialverträgliche und angemessene finanzielle Beteiligung der Bürger und Kunden der Landeshauptstadt Potsdam, so dass Maßnahmen zur Erreichung höherer Kostendeckungsgrade (Anpassung von Entgelten, Gebühren und Hebesätzen) zu ergreifen sind.
6. Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen zur Haushaltssicherung sind im Rahmen der Haushaltsplanung zu intensivieren. Folgende Zielsetzungen werden im Sinne eines investitionsorientierten Haushalts verfolgt:
  - a. Einhaltung der beschlossenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 bei der Haushaltsplanaufstellung und dem Haushaltsbeschluss für 2013.
  - c. Senkung der in der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2012 für 2014 ff. ausgewiesenen Fehlbedarfe im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Haushaltsjahr 2013. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2013 ist:
    - die Halbierung des in 2012 für 2014 geplanten Fehlbedarfs,
    - die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,
    - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.
7. Zur Erreichung der in Ziffer 6 definierten Finanzziele sind neue, strukturell wirkende Haushaltssicherungsmaßnahmen mit einem jährlichen Gesamtkonsolidierungsbetrag von mindestens 7 Mio. Euro zu konkretisieren und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2013 mit vorzulegen.

Folgende Konsolidierungspotentiale sollen dazu entwickelt und realisiert werden:

- e. Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B in einem sozialverträglichen und angemessenen Rahmen (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich bis 2 Mio. Euro ab 2013).
- f. Optimierung der Finanzströme zwischen der Landeshauptstadt und ihren Beteiligungen, Realisierung erhöhter Ausschüttungen. Darin eingeschlossen: Überprüfung der Notwendigkeit der Ko-Finanzierung des ÖPNV durch die Landeshauptstadt (Finanzierungsvertrag mit der SWP) und Erschließung weiterer Potenziale in einer Größenordnung von mindestens 1 Mio. Euro bis 1,5 Mio. Euro jährlich im Mittelfristzeitraum bis 2016.
- g. Verringerung der Zuschussbedarfe der Geschäftsbereiche durch Aufgabenkritik im Bereich der freiwilligen Leistungen, durch Prozessoptimierung und durch Erhöhung der Kostendeckungsgrade (Anpassung der Ertrags- und Aufwandstrukturen) in den Einrichtungen der Kernverwaltung und bei den zuschussabhängigen Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich von mindestens 4 Mio. Euro bei mittelfristiger Umsetzung).
- h. Einstellung der Begrüßungsgeldzahlungen an Studierende (Einsparung in Höhe von ca. 270 Tsd. Euro jährlich ab 2013).

Grundlage für diesen Konsolidierungsprozess sind die in Anlage 4 enthaltenen Maßgaben.

**Berechnungstabelle Demografieprüfung:**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	<b>Wirkungsindex Demografie</b>	<b>Bewertung Demografie-relevanz</b>
					<b>0</b>	<b>keine</b>

**Begründung:**

Der Eckwertebeschluss ist ein wichtiges Element der Budgetierung und verankert die Grundzüge der dezentralen Ressourcenverantwortung. Im Eckwertebeschluss definiert die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der Verwaltung den Rahmen für die Gestaltung der Produktbereichs- oder Geschäftsbereichsbudgets. Dieser Rahmen bildet schließlich die Grundlage für die detaillierte Haushaltsplanung,

Die Bemessung der Budgets ist wiederum abhängig von den jeweiligen strategischen Schwerpunkten, auf welche sich die politische Ebene und die Verwaltungsführung vorab und unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Ziele verständigen sollten. Eine Verbindung der strategischen Ziele und der zugehörigen Budgets liegt nahe und lässt sich schlüssig im kommunalen Haushaltsplan abbilden.

Der Festlegung der Budgets geht eine möglichst realistische Betrachtung der finanziellen Rahmenbedingungen für das jeweilige Haushaltsjahr voraus. Durch diese Betrachtung wird letztendlich deutlich, welche Finanzmasse überhaupt zur Verteilung auf die Budgets zur Verfügung steht (siehe Anlage 1).

Die vorgeschlagenen Eckwerte für das Jahr 2013 bilden die Grundlage bzw. den Ausgangspunkt der Haushaltsplanung des Folgejahres und gewährleisten eine konsistente und transparente Verbindung zwischen Jahres- und Mittelfristplanung.

Die Eckwerte basieren auf den aktuell vorliegenden Erkenntnissen und Einschätzungen der Geschäfts- und Fachbereiche zu den zu erwartenden Entwicklungen in den entsprechenden Aufgabenfeldern.

Die Budgetierung erfolgt in der Landeshauptstadt Potsdam über sogenannte Zuschussbudgets (aus der Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eines Verantwortungsbereiches), in deren Rahmen der Zuschussbedarf der einzelnen Geschäftsbereiche (siehe Anlage 2) in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Jahr 2013 ermittelt wird.

Kommunen in der Haushaltssicherungspflicht können ganz bewusst über die Budgetgestaltung die Wiedererlangung des Haushaltsausgleiches steuern, was durchaus auch in einem mittelfristigen Zeitraum darstellbar ist. In diesem Fall bietet es sich an, im Eckwertebeschluss einen Zielfehlbedarf für das jeweilige Haushaltsjahr festzusetzen. Dieser darf weder durch die Budgetverteilung noch durch die detaillierte Haushaltsplanung überschritten werden und dokumentiert gleichzeitig den ernsthaften Konsolidierungswillen nach innen und nach außen.

Das Ministerium des Innern hat mit Bescheid vom 08.09.2010 gemäß § 63 Abs. 5 BbgKVerf das Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2013 genehmigt. Der in diesem Bescheid erteilten Auflage für das Haushaltssicherungskonzept, den Haushaltsausgleich bereits im Jahr 2016 wieder herzustellen, ist die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 01.09.2010 beigetreten.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen jedoch, dass diese Entscheidung nicht mehr ausreichend ist.

Durch das Auslaufen des Solidarpaktes II bis zum Jahr 2019 ergeben sich für die Landeshauptstadt Potsdam mit großer Wahrscheinlichkeit erhebliche Einbußen bei den investiven Schlüsselzuweisungen. Ohne einen Ausgleich führen die daraus resultierenden Mindereinzahlungen im investiven Bereich des Finanzhaushaltes zu einer deutlichen Einschränkung in der Investitionstätigkeit. Dies ist mit den Anforderungen an eine wachsende Stadt nicht vereinbar.

Dieser Entwicklung kann mit einer nachhaltigen Stärkung des Ergebnishaushaltes entgegengewirkt werden. Dazu müssen der strukturelle Ausgleich der Ergebnisplanung eher erreicht und die Weichen für die Erwirtschaftung von Überschüssen frühzeitig gestellt werden.

Maßnahmen zur Sicherung und Stabilisierung des Haushaltsausgleiches sind in den seltensten Fällen sofort oder innerhalb einiger Monate umsetzbar. Eine Verknüpfung mit den Eckwerten für das Haushaltsjahr 2013 sorgt für eine realistische Vorlaufphase in Hinblick auf einen mittelfristigen Umsetzungszeitraum.

## Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingungen für das Haushaltsjahr 2013 und für die mittelfristige Planung als Grundlage für den Eckwertebeschluss 2013

### Ergebnishaushalt

#### Einschätzung zur Ertragslage bei den allgemeinen Finanzierungsmitteln

Nachdem die Landeshauptstadt Potsdam die Finanz- und Wirtschaftskrise ohne allzu große Schwankungen im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft überstanden hat, zeigt sich nunmehr bei den **konjunkturabhängigen Steuererträgen** ein gemäßigtes, aber stabiles Wachstum. Ausgehend von der Novembersteuerschätzung 2011 und der Entwicklung der nachfolgenden Monate ergibt sich hier mittelfristig folgendes Bild:

Steuerart	2012	2013	2014	2015
Gewerbsteuer	52.000.000	52.500.000	53.000.000	55.000.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	42.000.000	44.500.000	47.000.000	49.500.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	9.100.000	9.300.000	9.300.000	9.550.000

alle Angaben in EUR

Bei der **Grundsteuer B** zeichnet sich folgende Entwicklung ab:

Steuerart	2012	2013	2014	2015
Grundsteuer B	18.500.000	19.000.000	19.500.000	19.700.000

alle Angaben in EUR

Es wird erwartet, dass der positive Trend der Entwicklung des Aufkommens aus der Grundsteuer B anhält. Hier spiegelt sich unmittelbar das Potenzial der LHP als wachsende Stadt und daraus folgende Neubewertungen von Grundstücken mit entsprechenden Wertzuwächsen wider.

Durch Stabilität zeichnen sich die **Grundsteuer A** und die **sonstigen kommunalen Steuern und Abgaben** aus:

Steuerart	2012	2013	2014	2015
Grundsteuer A	61.000	62.500	62.500	62.500
Hundesteuer	530.000	530.000	530.000	530.000
Zweitwohnungsteuer	130.000	135.000	135.000	135.000
Vergnügungssteuer	300.000	310.000	320.000	330.000
Spielbankabgabe	500.000	500.000	500.000	500.000

alle Angaben in EUR

Entsprechend den Orientierungsdaten des Landes für 2012 stellt sich der **Kommunale Finanzausgleich** wie folgt dar:

	2012	2013	2014	2015
Schlüsselzuweisungen	103.719.400	103.579.000	103.497.000	104.906.000
Zuweisung als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	10.400.000	10.400.000	10.400.000	10.400.000
Familienleistungsausgleich	6.200.000	6.200.000	6.200.000	6.200.000

alle Angaben in EUR

Neben den Erträgen aus Steuern und kommunalem Finanzausgleich werden auch die **Konzessionsabgaben** den allgemeinen Finanzierungsmitteln zugerechnet.

	2012	2013	2014	2015
Konzessionsabgaben	5.900.000	6.000.000	6.100.000	6.100.000

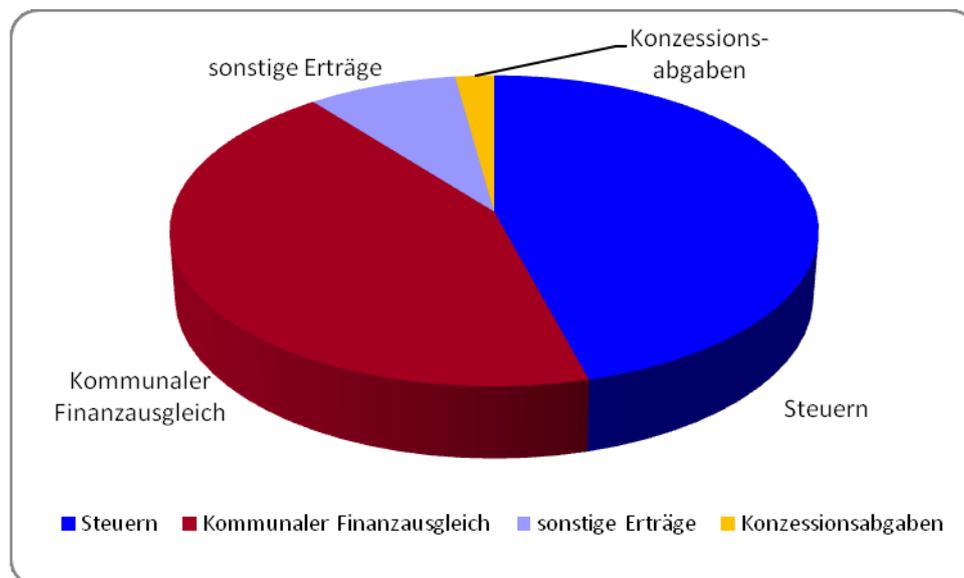
alle Angaben in EUR

Die **sonstigen allgemeinen Erträge** (z. B. Verzinsung von Steuernachforderungen, Auflösung von Sonderposten investiver Schlüsselzuweisungen) entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

	2012	2013	2014	2015
sonstige Erträge	28.327.300	23.183.600	23.239.000	22.898.000

alle Angaben in EUR

Insgesamt verteilt sich die **allgemeine Ertragsseite** wie folgt:



### Vorabdotierungen auf der Aufwandsseite

Vorabdotiert, also vor der Budgetverteilung berücksichtigt, werden folgende allgemeine Aufwandspositionen:

	2012	2013	2014	2015
Gewerbesteuerumlage	4.000.000	4.200.000	4.510.000	4.700.000
Zinsaufwendungen lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten	3.957.000	3.990.100	4.155.400	4.141.100
budgetübergreifende Personalaufwendungen	6.245.200	5.214.500	5.097.100	4.836.300
Einzelwertberichtigungen (einzelfallbezogen/ pauschaliert)	6.322.500	6.317.500	6.317.500	6.317.500
sonstige Aufwendungen	15.236.800	9.498.800	8.878.100	8.166.600
	<b>35.761.500</b>	<b>29.220.900</b>	<b>28.958.100</b>	<b>28.161.500</b>

alle Angaben in EUR

Bei den budgetübergreifenden Personalaufwendungen handelt es sich hauptsächlich um Aufwendungen für die allgemeine, bereichsübergreifende Aus- und Fortbildung, für das Überhangmanagement und für die Zuführung zu den Altersteilzeitrückstellungen.

Sonstige Aufwendungen sind z.B. die Verzinsung von Steuererstattungen, Zinsaufwendungen für lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten und die Deckungsreserve für voraussichtlich nicht aktivierbare Investitionsmaßnahmen.

### Verteilbare Finanzmasse

Aus den allgemeinen Finanzierungsmitteln ergeben sich nach Abzug der vorabdotierten Aufwendungen folgende Gesamtüberschüsse in den einzelnen Haushaltsjahren:

	2012	2013	2014	2015
Erträge	277.167.700	275.700.100	279.283.500	285.311.500
Aufwendungen	35.761.500	29.220.900	28.958.100	28.161.500
<b>Überschuss</b>	<b>241.406.200</b>	<b>246.479.200</b>	<b>250.325.400</b>	<b>257.150.000</b>

alle Angaben in EUR

Der Gesamtüberschuss bildet den Rahmen für die Verteilung der Geschäftsbereichsbudgets. Ist der Überschuss trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten nicht auskömmlich, wird sich nach der Verteilung der Budgets ein Fehlbedarf ergeben.

Zielfehlbedarf

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2012 geht mittelfristig von folgenden jährlichen **Fehlbedarfen** aus:

	2012	2013	2014	2015
Erträge	505.264.100	506.679.400	515.807.800	521.769.400
Aufwendungen	516.070.200	518.022.200	525.564.700	528.503.400
<b>prognostiziertes Ergebnis</b>	<b>-10.806.100</b>	<b>-11.342.800</b>	<b>-9.756.900</b>	<b>-6.734.000</b>

alle Angaben in EUR

Der Haushaltsausgleich soll nach dieser Planung im Haushaltsjahr **2016** erreicht werden. Die Zielstellung liegt daher darin, die Fehlbedarfe nicht zu überschreiten oder sogar weiter zu reduzieren. Je eher der Haushaltsausgleich erreicht ist, um so eher erlangt die Landeshauptstadt ihre uneingeschränkte Handlungsfähigkeit zurück.

Die mittelfristige Entwicklung zeigt sich auch in der vorläufigen Ergebnisvorschau mit dem Planungs- und Abrechnungsstand 04/2012:

Rücklageentwicklung	JA	JA	Prognose*			Planung (Entwurfsstand 04/2012)			
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Überschuss / Fehlbetrag	4,2	26,5	1,5	-8,7	-13,6	-10,8	-11,3	-9,8	-6,7
Rücklage / Verlustvortrag aus Vorjahr		4,2	30,7	32,2	23,5	9,9	-0,8	-12,1	-21,9
Ergebnis mit Rücklage / Vortrag	4,2	30,7	32,2	23,5	9,9	-0,9	-12,1	-21,9	-28,6

alle Angaben in Mio. EUR

Vorschlag der Verwaltung zu den Produktbereichsbudgets für das Haushaltsjahr 2013

<b>PB</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Erträge 2013</b>	<b>Aufwendungen 2013</b>	<b>Zuschuss/ Überschuss</b>
11	Innere Verwaltung	19.950.900	48.918.300	-28.967.400
12	Sicherheit und Ordnung	17.362.900	31.660.000	-14.297.100
21-24	Schulträgeraufgaben	2.300.000	27.923.600	-25.623.600
25-29	Kultur und Wissenschaft	7.398.300	26.517.100	-19.118.800
31-35	Soziale Hilfen	46.224.700	97.725.600	-51.500.900
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	23.402.400	105.076.500	-81.674.100
41	Gesundheitsdienste	215.500	2.924.700	-2.709.200
42	Sportförderung	1.316.900	8.261.900	-6.945.000
51	Räumliche Planung und Entwicklung	8.971.200	18.676.000	-9.704.800
52	Bauen und Wohnen	2.394.700	5.721.700	-3.327.000
53	Ver- und Entsorgung	74.407.900	69.289.400	5.118.500
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	18.562.100	41.521.100	-22.959.000
55	Natur- und Landschaftspflege	3.478.100	11.251.200	-7.773.100
56	Umweltschutz	296.200	1.794.700	-1.498.500
57	Wirtschaft und Tourismus	1.604.900	4.734.900	-3.130.000
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	278.790.500	16.023.300	262.767.200
71	Stiftungen	2.200	2.200	0
<b>Gesamt</b>	<b>Summe</b>	<b>506.679.400</b>	<b>518.022.200</b>	<b>-11.342.800</b>

Gesamtaufwendungen mit Innerer Verrechnung

Der doppische Ergebnishaushalt enthält naturgemäß zahlungswirksame sowie **zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen**. Verschiebungen zwischen diesen könnten auch bei der Einhaltung der Eckwerte zu einer erheblichen Verschlechterung des Finanzhaushaltes führen. Um dies zu vermeiden, wurde im vorgeschlagenen Beschlusstext unter Zf. 4 eine entsprechende (klarstellende) Einschränkung aufgenommen.

## Finanzhaushalt

Die Einzahlungen und Auszahlungen des **Finanzhaushaltes** der laufenden Verwaltungstätigkeit des Jahres 2013 sind **nicht** Gegenstand dieser Vorlage. Sie werden entsprechend der zu erwartenden Zahlungsströme aus den Ansätzen des Ergebnishaushaltes abgeleitet.

## Ausblick – dringender Handlungsbedarf kommt aus dem investiven Bereich

### Investive Schlüsselzuweisungen

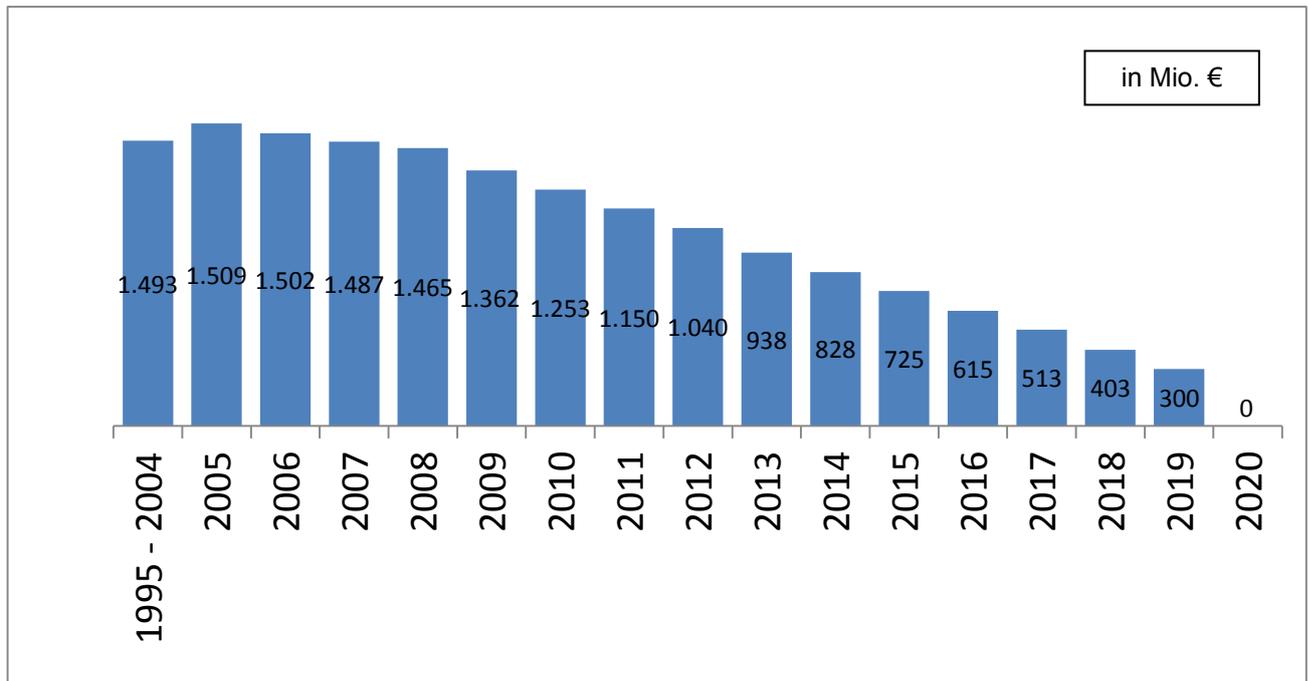
Die Prognose zu den investiven Schlüsselzuweisungen erfolgte auf Basis der letzten Orientierungsdaten des Landes Brandenburg (Dezember 2012). Folgende Beträge sind derzeit vorgesehen:

	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Investive Schlüsselzuweisungen	14.164.500	16.383.300	16.422.800	16.296.900

alle Angaben in EUR

Die Orientierungsdaten des Landes liegen nur für 2012 vor. Eine Änderung des Finanzausgleichgesetzes (FAG) ist angekündigt, allerdings sind die Auswirkungen derzeit unklar. Hier ist ein erhebliches Risiko enthalten, sollten die investiven Schlüsselzuweisungen weiter deutlich abgesenkt werden, womit durch das Auslaufen des Solidarpaktes II zu rechnen ist.

So zeichnet sich für das Land Brandenburg folgende Entwicklung bei den Einnahmen aus den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBez) ab:



Es ist davon auszugehen, dass das Land diese Entwicklung an die Kommunen weiterreichen wird. Für die Landeshauptstadt Potsdam ergeben sich daraus voraussichtlich folgende Auswirkungen:

	2012	2013	2014	2015
Bisher geplante investive Schlüsselzuweisungen	14.164.500	16.383.300	16.422.800	16.296.900
Verminderter Ansatz unter Berücksichtigung des Auslaufens des „Solidarpakts“	14.164.500	12.460.000	10.680.000	9.790.000
Mindereinzahlung für Investitionstätigkeit		-3.923.300	-5.742.800	-6.506.900

alle Angaben in EUR

**Somit fehlen mittelfristig 16,2 Mio. € Finanzierungsmittel für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.**

Dies läuft den Erfordernissen einer wachsenden Stadt, wie es die Landeshauptstadt ist, und den damit wachsenden Anforderungen an die technische und soziale Infrastruktur grundlegend zuwider. Im Hinblick darauf, dass es die Stadt in den kommenden Jahren nicht mehr nur mit Ersatz- und Sanierungsinvestitionen, sondern auch mit Erweiterungsinvestitionen (siehe z.B. die Gesamtschule im Potsdamer Norden) zu tun hat, laufen hier wachsende Erfordernisse einerseits und finanzielle Möglichkeiten in der Investitionstätigkeit andererseits wie eine Schere auseinander.

### Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen

Für diese Position können gegenüber den zurückliegenden Jahren bisher nur deutlich reduzierte Werte angenommen werden:

	2012	2013	2014	2015
Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen	7.067.000	1.750.000	1.500.000	1.000.000

alle Angaben in EUR

Bereits aufgrund dieser stark rückläufigen Tendenz ist für den Ausgleich der im Investitionshaushalt 2013 prognostizierten Deckungslücke eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,7 Mio. EUR vorgesehen.

### Fazit

Die Sicherung der **Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** ist nach alledem mittelfristig nicht gewährleistet, insbesondere durch die voraussichtliche Verringerung der investiven Schlüsselzuweisungen durch das Auslaufen des Solidarpaktes bis 2019. Die investiven Schlüsselzuweisungen des Landes Brandenburg von gegenwärtig rund 14 Mio. Euro jährlich werden deshalb voraussichtlich in 2013 und in den kommenden Jahren sukzessive sinken. Um den Investitionserfordernissen der wachsenden Stadt weiterhin entsprechen zu können, muss die LHP mittelfristig Überschüsse im Ergebnishaushalt erwirtschaften, um so die abschmelzenden Investitionsmittel des Landes wenigstens annähernd kompensieren zu können.

Letztendlich wird es zum Ausgleich dieser Deckungslücke nur **zwei Vorgehensweisen** geben:

Entweder wird der Ergebnishaushalt zugunsten des investiven Finanzhaushaltes belastet (Umwidmung allgemeiner Deckungsmittel – soweit rechtliche Grundlagen dafür vorhanden sind bzw. geschaffen werden; Kreditaufnahmen – soweit hierfür Ausnahmetatbestände geltend gemacht und die kommunalaufsichtlichen Genehmigungen erlangt werden können)

**oder** der Haushaltsausgleich wird schnellstmöglich und nachhaltig umgesetzt mit der Zielstellung, zukünftig im Ergebnishaushalt Überschüsse zu erwirtschaften und mit diesen dann den investiven Bereich zu stützen: „**Investitionsorientierter Haushalt**“.

Für eine wirkliche und nachhaltige Sicherung der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unserer wachsenden Stadt erscheint nur die zuletzt genannte Möglichkeit geeignet.

### **Grundlage für den Bürgerhaushalt 2013**

Nach dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Konzept zum Bürgerhaushalt mit seinen Fortschreibungen, zuletzt DS 12/SVV/0158, ist der Eckwertebeschluss auch Grundlage für die Bürgerbeteiligung.

**Eckwerte 2013**

Stand: 17.04.2012

**Anlage 2**

in EUR

Geschäftsbereiche	Ergebnisplanung 2011			Ergebnisplanung 2012			Eckwerte 2013		
	Erträge einschl. int. Lstg. Bez.	Aufwendungen einschl. int. Lstg. Bez.	Überd.(+) Unterd.(-)	Erträge einschl. int. Lstg. Bez.	Aufwendungen einschl. int. Lstg. Bez.	Überd.(+) Unterd.(-)	Erträge einschl. int. Lstg. Bez.	Aufwendungen einschl. int. Lstg. Bez.	Überd.(+) Unterd.(-)
<b>OBM</b>	1.181.300	9.373.900	-8.192.600	10.376.400	22.558.400	-12.182.000	9.929.000	22.482.500	-12.553.500
<b>GB 1</b> Zentrale Steuerung und Service ohne Finanzierungsmittel	19.862.300	36.092.800	-16.230.500	11.113.800	26.153.600	-15.039.800	11.132.900	26.752.000	-15.619.100
<b>GB 2</b> Bildung, Kultur, Sport	19.740.200	60.064.100	-40.323.900	19.778.100	65.722.900	-45.944.800	19.601.700	67.146.900	-47.545.200
<b>GB 3</b> Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz	106.571.600	238.614.600	-132.043.000	106.998.000	247.613.300	-140.615.300	111.217.600	254.662.900	-143.445.300
<b>GB 4</b> Stadtentwicklung und Bauen	78.747.500	116.942.000	-38.194.500	79.630.100	118.060.500	-38.430.400	79.098.100	117.757.000	-38.658.900
Allgemeine Finanzierungsmittel	250.733.900	37.299.900	213.434.000	277.167.700	35.761.500	241.406.200	275.700.100	29.220.900	246.479.200
<b>Gesamtbudget</b>	<b>476.836.800</b>	<b>498.387.300</b>	<b>-21.550.500 **</b>	<b>505.064.100</b>	<b>515.870.200</b>	<b>-10.806.100 **</b>	<b>506.679.400</b>	<b>518.022.200</b>	<b>-11.342.800 **</b>

\*\* Fehlbetrag aus Gesamtergebnisplan



# Handlungsschwerpunkte der Geschäftsbereiche für das Haushaltsjahr 2013

## Übergreifende Herausforderungen und Zielstellungen

Neben den Handlungsschwerpunkten der einzelnen Geschäftsbereiche gibt es auch Herausforderungen und Zielstellungen mit übergreifendem Charakter, denen sich alle Geschäftsbereiche gleichermaßen stellen müssen:

1. Der Haushaltsausgleich im engeren Sinne ist nicht gesichert. Die Ergebnisplanung für die Haushaltsjahre 2012 bis 2015 weist Defizite aus, die sich in der Gesamtbetrachtung auf 38,6 Mio. Euro summieren. Die Kommunalaufsicht hat als Zielstellung für die Landeshauptstadt Potsdam den strukturellen Haushaltsausgleich in 2016 definiert.

Auch die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist mittelfristig nicht gewährleistet. Die investiven Schlüsselzuweisungen des Landes Brandenburg werden in den kommenden Jahren sinken. Um den Investitionserfordernissen weiterhin entsprechen zu können, muss die Landeshauptstadt Potsdam mittelfristig Überschüsse im Ergebnishaushalt erwirtschaften, um so die abschmelzenden Investitionsmittel des Landes zu kompensieren.

**Die damit verbundene übergeordnete Herausforderung ist die Wiedererlangung der uneingeschränkten Handlungsfähigkeit durch einen nachhaltigen Haushaltsausgleich sowie durch die Erwirtschaftung von Überschüssen für einen investitionsorientierten Haushalt.**

Erreicht werden soll dies durch:

- die Einhaltung der beschlossenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 bei der Haushaltsplanaufstellung und den Haushaltsbeschluss für 2013
  - die Senkung der in der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2012 für 2014 ff. ausgewiesenen Fehlbedarfe im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Haushaltsjahr 2013.
2. Die Landeshauptstadt Potsdam kann einen stetigen Einwohnerzuwachs verzeichnen. Dieser Umstand kennzeichnet Potsdam als attraktives Oberzentrum, bringt aber auch Anforderungen an die Entwicklung aller Bereiche des Gemeinwesens mit sich.

**Den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden, erfordert ebenfalls eine zielgerichtete und abgestimmte Prioritätensetzung u.a. bei der Investitionstätigkeit.**

Erreicht werden soll dies durch den Ausbau und die Weiterentwicklung einer strategischen Steuerung.

## Qualifizierter Eckwertebeschluss 2013

## Handlungsschwerpunkte des Geschäftsbereichs Zentrale Steuerung und Service (GB 1) für das Haushaltsjahr 2013

## Herausforderungen / Rahmenbedingungen

## Vor welchen Herausforderungen steht der Geschäftsbereich im Haushaltsjahr 2013? Von welchen Rahmenbedingungen geht er aus?

## Die Servicebereiche des Geschäftsbereiches Zentrale Steuerung und Service sehen sich verschiedenen Herausforderungen gegenüber:

- Das doppische Haushalts- und Rechnungswesen muss als ganzheitliches System weiter ausgebaut und optimiert werden. Die Anforderungen der Politik und der Verwaltungsführung an eine neue Steuerung berühren auch den finanzwirtschaftlichen Bereich. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf die Einführung eines strategischen Managementsystems und dessen Verknüpfung mit dem Haushaltsplanungsprozess.
- Für den Servicebereich Verwaltungsmanagement gilt es die Personalentwicklung als Planungs- und Abrechnungsprozess (Controlling) in den FB/SB zu etablieren und die Organisationsentwicklung im Sinne einer elektronischen Vorgangsbearbeitung und Kundenorientierung in den FB/SB voranzutreiben. Eine weitere Herausforderung besteht im Aufbau einer Projektmanagementorganisation und in der Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer D 115. Aufgrund der vielfältigen und zum Teil risikobehafteten Vertragsbeziehungen steht der Geschäftsbereich vor der Herausforderung, die Rahmenbedingungen für ein fundiertes Vertragsmanagement zu schaffen.
- Zudem wachsen die Anforderungen an eine umfassende rechtliche Beratung als Serviceleistung gegenüber den Verwaltungsbereichen und den städtischen Gremien stetig. Es ist in den letzten Jahren gelungen, durch organisatorische Umstrukturierungsmaßnahmen und Stellen(neu)besetzungen die Voraussetzungen für eine qualitativ und quantitativ anspruchsvolle Beratungsleistung zu schaffen. Im Bereich Grundstücksmanagement ist ein erheblicher Rückgang verwertbaren Grundvermögens zu verzeichnen. Dies stellt die LHP vor die Herausforderung, vorhandenes Grundvermögen effektiv zur Finanzierung von Investitionen einzusetzen.

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
11	Innere Verwaltung	10.982.900	25.614.200	-14.631.300	<p><b>Produkt 11191 Zentrale Steuerungsunterstützung:</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Konzeptionierung und Implementierung eines strategischen Managementsystems für die Landeshauptstadt Potsdam</p> <p><b>Ziel:</b> Mit der Einführung eines strategischen Haushaltsplanungsprozesses wird das Ziel verfolgt, den Haushaltsplanungsprozess 2014 mit mittelfristigen Zielen zu verknüpfen, um eine gesamtstädtisch abgestimmte Prioritätensetzung zu erreichen und einen zielgerichteten Ressourceneinsatz zu ermöglichen. In der Konsequenz soll für das gesamte Verfahren eine erhöhte Transparenz und bessere Steuerungsmöglichkeiten für die Akteure erreicht werden.</p> <p><b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konzeptionierung eines strategischen Haushaltsplanungsprozesses bis zum August 2012 mit anschließender Prozess-erprobung im Jahr 2013 für den Haushaltsplan 2014</li> </ul> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Intensivierung von Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs und der Erwirtschaftung von Überschüssen im Ergebnishaushalt („investitionsorientierte Haushaltswirtschaft“)</p> <p><b>Ziel:</b> Unterstützung der Geschäftsbereiche bei der Entwicklung und Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen zur Erreichung der übergeordneten Finanzziele.</p> <p><b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Intensivierung des Konsolidierungscontrollings zur Steigerung der Umsetzung von Maßnahmen und Erstellung eines Controllingberichts Verankerung des Konsolidierungsauftrages in der Verwaltungsspitze durch Vereinbarung von Konsolidierungsleitlinien und Kontrakten zu den Konsolidierungszielen der Geschäftsbereiche</li> <li>• Intensivierung der Maßnahmenentwicklung innerhalb der Verwaltung durch Formulierung von Zielvorgaben (Kontrakte) für die FB innerhalb der GBs. Methodische Unterstützung und Koordinierung der Aufstellung des HSK 2013 durch 101</li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Kontinuierliche Beteiligung der Bürgerschaft am Prozess der Haushaltsaufstellung / Bürgerhaushalt</p> <p><b>Ziel:</b> Mit dem Bürgerhaushalt sollen weiterhin alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, über den Haushalt der Landeshauptstadt mitzubestimmen. Ziel ist es, in einen offenen Dialog zu treten, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und politische Entscheidungen transparent darzustellen. Die strategische Ausrichtung des Haushaltsplanungsprozesses stellt auch Anforderungen an den Bürgerhaushalt, der zukünftig noch stärker mit der Haushaltsplanung zu verzahnen ist. Das Ziel ist es, die Liste der Bürgerinnen und Bürger zusammen mit dem Eckwertebeschluss 2014 vorzulegen.</p> <p><b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortschreibung des Beteiligungskonzepts Bürgerhaushalt Potsdam</li> <li>• Bereitstellung von Informationen zum Haushalt einschließlich der Beteiligung der Bürgerschaft</li> <li>• Vorlage der „Liste der Bürgerinnen und Bürger 2013/2014“ zusammen mit dem Eckwert 2014</li> <li>• Einführung eines digitalen Haushaltsrechners</li> </ul> <p><b>Produkt 11110 Servicebereich Finanzen und Berichtswesen:</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Schaffung effizienterer Strukturen im Servicebereich und in der Verwaltung zur Förderung der Nachhaltigkeit der Finanzwirtschaft der LHP</p> <p><b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b></p> <p><b>Optimierung des Rechnungswesens</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erstellung zeitnaher Jahresabschlüsse (JA) – in 2013: Erstellung JA 2011 mit den letzten Korrekturen zur Eröffnungsbilanz und Erstellung JA 2012</li> <li>• <b>Höchste Priorität: Erfassung und Bewertung des Treuhandvermögens hier: Darstellung im JA 2011!</b> In den städtebaulichen Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen werden erhebliche Vermögenswerte als Treuhandvermögen geführt, welches dem wirtschaftlichen Eigentum der Landeshauptstadt zuzurechnen ist. Dieses Vermögen ist im Rahmen der Korrektur der Eröffnungsbilanz bilanziell abzubilden. Eine Korrektur der Eröffnungsbilanz ist letztmalig mit dem Jahresabschluss 2011 möglich.</li> <li>• Optimierung der Prozesse des Rechnungswesens und des Jahresabschlusses durch Etablierung der konzentrierten Geschäftsbuchhaltung</li> </ul> <p><b>Verknüpfung neuer Steuerungsinstrumente mit dem Haushalts- und Rechnungswesen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mitwirkung an der Implementierung eines Verfahrens zur Abbildung des Strategischen Managements im Haushalt erstmals für das Haushaltsjahr 2014</li> </ul> <p><b>Optimierung des Forderungsmanagements</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung und Etablierung von Maßnahmen zur Vermeidung und erfolgreicher Durchsetzung offener Forderungen</li> </ul> <p><b>Optimale Gestaltung der Verpflichtungen der LHP als Steuerschuldnerin</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung der Fachbereiche in Hinblick auf die Betreibe gewerblicher Art mit dem Ziel der Minimierung der Steuerschuld</li> </ul> <p><b>SB 15 Servicebereich Verwaltungsmanagement:</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Personalentwicklung / Personalplanung</p> <p><b>Ziel:</b> Sicherung des zentralen und des dezentralen Handelns der Führungskräfte in der Personalentwicklung.</p>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<p><b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinierung, Standardisierung der Prozesse, die in der Verantwortung der Fach- und Servicebereiche liegenden Personalentwicklung</li> <li>• Qualifizierung der Bausteine und Instrumente der Personalentwicklung (Handlungskonzept 2020)</li> </ul> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Organisationsentwicklung /Struktur- und Geschäftsprozessoptimierung</p> <p><b>Ziel:</b> Sicherung des zentralen und des dezentralen Handelns der Führungskräfte in der Organisationsentwicklung.</p> <p><b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Strategiekonzept zur Organisationsentwicklung der LHP 2020</li> <li>• Aufbau einer zentralen Projektmanagementorganisation</li> <li>• Optimierung der Instrumente zur Geschäftsprozessoptimierung</li> <li>• Weitere Optimierung der Verantwortungsstruktur im Rahmen eines Fachbereichsmodells</li> <li>• Überarbeitung des inneren Dienstrechtes</li> </ul> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Umsetzung der E-Government-Strategie</p> <p><b>Ziel:</b> Effizienzsteigerung der Leistungsprozesse durch Informationstechnik.</p> <p><b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erstellung Leitlinien, Konzepte, Programme für eine vollständige elektronische Vorgangsbearbeitung</li> <li>• jährliche Anpassung der Fachverfahren an die Gesetzgebung (Online, digitale Bearbeitung, elektronische Bezahlung, digitale Signatur, Dokumentenmanagement-elektronische Akte)</li> </ul> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Bedeutende zentrale Projekte</p> <p><b>Folgende Projekte sind in der Durchführung oder geplant:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung, Testphase und Echtbetrieb der Einheitlichen Behördennummer D115</li> <li>• Projektbeginn Digitale Poststelle</li> </ul> <p><b><u>Produkt 11131 Allgemeine Rechtsangelegenheiten</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Schrittweiser Aufbau und Implementierung eines Vertragsregisters bzw. eines Vertragsmanagements in Zusammenarbeit der Servicebereiche Recht und Verwaltungsmanagement (Geschäftsbereichsaufgabe)</p> <p><b>Ziel:</b> Verbesserung der Vertragsabwicklungen, Risikomanagement / Unterstützung der Rückstellungsermittlung</p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Übertragung der Aufgaben der Grundstücksverwaltung auf die GEWOBA GmbH erfolgt 2012. Mit Wirkung ab dem 01.01.2013 erfolgt zudem die Übertragung der Grundstücksvermarktung auf die Pro Potsdam GmbH.</p> <p><b>Ziel:</b> u.a. die eigene Entwicklung von Grundstücken (Erhöhung des Anlagevermögens) und ggf. Erhöhung von Verwertungserlösen.</p>
12	Sicherheit und Ordnung	150.000	782.400	-632.400	<p><b><u>Produkt 12100 Statistik und Wahlen</u></b></p> <p><b>Ziel:</b> Sicherung des Grundrechtes auf demokratische Wahlen. Erstellung statistischer Informationen für Entscheidungen und Leistungsprozesse.</p>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<b>Folgende Maßnahmen sind geplant:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Bundestagswahl 2013</li> <li>• Vorbereitung der Kommunalwahl und Europawahl (Juni 2014)</li> <li>• Vorbereitung, Durchführung von Kundenbefragungen in den Fach- und Servicebereichen</li> <li>• Vorbereitung, Durchführung von Bürgerbefragungen</li> <li>• Veröffentlichungen zu den Themen der Stadtentwicklung, insbesondere Demographische Entwicklung, Demographischer Wandel, Hauptstadtvergleich, Tourismusbericht usw.</li> </ul>
<b>Summe Budget</b>		<b>11.132.900</b>	<b>26.396.600</b>	<b>-15.263.700</b>	
Beschlussvorlage 11/SVV/0907 Eckwert 2013 Stand: 14.11.2011		19.469.000	38.356.000	-18.887.000	Hinweis: Verlagerung des Bereiches Beteiligungsmanagement in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters Erträge: 8.336.100 EUR, Aufwendungen: 11.959.400 EUR

## Qualifizierter Eckwertebeschluss 2013

## Handlungsschwerpunkte des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport (GB 2) für das Haushaltsjahr 2013

## Herausforderungen / Rahmenbedingungen

## Vor welchen Herausforderungen steht der Geschäftsbereich im Haushaltsjahr 2013? Von welchen Rahmenbedingungen geht er aus?

- Adäquate Bildungsinfrastruktur für eine wachsende Stadt bei begrenztem Budget.
- Niedrigschwelliger Zugang zu Bildung und Wissen für alle Altersgruppen
- Eröffnung von Bibliothek und Volkshochschule im Bildungsforum als Ort des lebenslangen Lernens
- Eröffnung Potsdam Museum nach über hundert Jahren an seinem Gründungsstandort, dem Alten Rathaus am Alten Markt im Herzen der Stadt
- Ausbau JEKISS – die singende Grundschule auf mehr als 3 Grundschulen in Potsdam
- Strukturelle Festigung des Bereiches Bürger- und Begegnungsarbeit
- Gewährleistung eines attraktiven, vielseitigen und lebendigen kulturellen Lebens in der Landeshauptstadt Potsdam mit Mitteln der Kulturförderung

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
11	Innere Verwaltung	0	326.200	-326.200	<p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Strukturelle Festigung des Bereiches Bürger- und Begegnungsarbeit</p> <p><b>Ziel:</b> Weitere Ausgestaltung des Arbeitsbereichs entsprechend der politischen Schwerpunktsetzung</p>
21-24	Schulträgeraufgaben	2.300.000	28.944.400	-26.644.400	<p><b>Fachbereich Schule und Sport</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Erfüllung der Schulträgeraufgaben zur Verwirklichung des Rechtes auf Bildung</p> <p><b>Ziel:</b> Gewährleistung und Absicherung des Schulbetriebes gemäß §§ 99 bis 116 des Brandenburgischen Schulgesetzes sowie Mitgestaltung und Umsetzung von Bildungskonzepten</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung des Schulentwicklungsplanes</li> <li>• Schulorganisatorische Begleitung von Sanierungsmaßnahmen, z.B. Stadtteilschule <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umzüge</li> <li>• Ausstattungen</li> <li>• Schülerbeförderung etc.</li> </ul> </li> </ul>
25-29	Kultur und Wissenschaft	7.344.000	26.655.000	-19.311.000	<p><b>Produkt 28404 Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement</b></p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weitere Etablierung und strukturelle Festigung der Potsdamer Bürger- und Begegnungshäuser bei kontinuierlicher Förderung der Träger durch die Umsetzung und Fortschreibung des Rahmenkonzeptes - Förderkriterien zur Entwicklung und Steuerung der Einrichtungen</li> <li>• Neueinrichtung und Eröffnung des Begegnungszentrums in der Stadtteilschule Drewitz (Januar – September 2013) Mehrbedarf: 120.000 Euro jährlich ab 2013 (derzeit nicht enthalten)</li> <li>• Neustrukturierung der Arbeit Bürgerhauses Stern*Zeichen (Januar – Dezember 2013)</li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<p><b><u>Produkt 27201 Stadtbibliothek, Produkt 27100 Volkshochschule</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Eröffnung von Bibliothek und Vhs im Bildungsforum als Ort des lebenslangen Lernens</p> <p><b>Ziel:</b> Niedrigschwelliger Zugang zu Bildung und Wissen für alle Altersgruppen</p> <p><b>Zielerfüllung:</b> Steigerung der Zahl der Nutzer/innen und Teilnehmenden um 10% gegenüber dem Vorjahr</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Individuelle Bildungsbegleitung (Medienangebote, Kurse, Lernwerkstatt, Beratung)</li> <li>• Förderung von Lese- und Medienkompetenz (Ausbau virtueller Angebote, E-Learning, systematische Zusammenarbeit mit KITAS und Schulen, Medienwerkstatt, Seniorenverbänden)</li> <li>• Bildungsforum als generationenübergreifender Treffpunkt (begleitendes Ehrenamt, Entwicklung neuer Veranstaltungsformate mit Kooperationspartnern)</li> </ul> <p><b><u>Produkt 25201 Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkte:</b> Das Jahr 2013 ist für das Potsdam Museum von großer Bedeutung: das Museum kann nach über hundert Jahren an seinem Gründungsstandort, dem Alten Rathaus am Alten Markt im Herzen der Stadt erstmalig seine umfangreichen Sammlungen im Rahmen einer neu konzipierten stadtgeschichtlichen Ausstellung präsentieren. Gleichzeitig kann auch die Bildende Kunst erstmalig wieder seit zwei Jahrzehnten innerhalb des Museums ihren festen Platz finden.</p> <p><b>Ziel:</b> Ausstellung zum 100jährigen Geburtstag des Künstlers und Potsdamer Ehrenbürgers Siegwald Sprötte. Präsentation der Stadt- und Kulturgeschichte Potsdams von ihrer ersten Erwähnung 993 bis zur Gegenwart in zehn themenorientierten Modulen.</p> <p><b><u>Produkt 25202 Naturkundemuseum</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkte:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Überarbeitung / Erarbeitung neue Dauerausstellung, Zeitraum 2013 - 2014</li> <li>• Ausbau der Sammlungen</li> <li>• Unabweisbare Ersatzinvestitionen für verschlissene Technik und Ausrüstung</li> </ul> <p><b><u>Produkt 25203 Förderung HBPG / Produkt 26100 Förderung HOT / Produkt 26201 Förderung Musikfestspiele / Produkt 26202 Sonstige Musikpflege / Produkt 28401 Kulturpflege</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Gewährleistung eines attraktiven, vielseitigen und lebendigen kulturellen Lebens in der Landeshauptstadt Potsdam mit Mitteln der Kulturförderung</p> <p><b>Ziel:</b> Sicherung des Spielbetriebes der KulturGmbH's mit städtischer Beteiligung und der Einrichtungen freier Träger sowie der Durchführung von Festivals, Projekten und Veranstaltungsangeboten in allen kulturellen Genres</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschluss von Rahmenvereinbarungen zur Sicherung und Ausgestaltung des hauptstädtischen Kulturlebens mit der Hans Otto Theater GmbH, der Musikfestspiele Sanssouci und Nikolausaal Potsdam gGmbH und der Kammerakademie Potsdam gGmbH</li> <li>• Weiterführung der ganzjährigen Förderung von kulturellen Institutionen</li> <li>• Auswahl der zu fördernden kulturellen Projekte und Festivals; Gewährung einer finanziellen Unterstützung und Begleitung</li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<p>des Zuwendungsverfahrens  <b>Produkt 28402 Kultursteuerung und- entwicklung</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Den Handlungsrahmen bilden weiterhin die Kulturpolitischen Konzepte der LHP sowie die kulturellen Leitlinien, die die Basis dieser Konzepte darstellen.</p> <p>Schwerpunkte und Herausforderungen werden sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das kulturelle Gedächtnis der LHP</li> <li>• Die Förderung der kulturellen Vielfalt</li> <li>• Die Förderung kultureller Bildung</li> </ul> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Positionierung Potsdam Museum</li> <li>• Weiterentwicklung der Schiffbauergasse</li> <li>• Die Qualifizierung des Kulturmarketings</li> <li>• Begleitung der Weiterentwicklung der Jugend-und Soziokultur</li> </ul> <p><b>Produkt 26300 Musikschule</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Bei der Musikschule handelt es sich um eine öffentliche Bildungs- und Kultureinrichtung, die <i>vorrangig für Kinder und Jugendliche Aufgaben der Musikerziehung, -ausbildung und -pflege in der Landeshauptstadt Potsdam wahrnimmt</i>. Die sorgfältig abgestimmte Ausbildungskonzeption hinsichtlich Breitenarbeit und Begabtenförderung basiert auf einer instrumentalen und vokalen Fachgruppenstruktur.</p> <p><b>Ziel:</b> Förderung elementarer musikalischer Fähigkeiten für Kinder im gesamten Vorschulalter (ab 0,5 Jahre) und frühen Schulalter. Fachspezifische Förderung musikalischer Fähigkeiten und Kenntnisse sowie qualifizierte Ausbildung entsprechender instrumentaler und vokaler Fertigkeiten. Durchführung Ziel-, Altersgruppen- und bedarfsorientierter musikpädagogischer Projekte. Vermittlung sozialer Fähigkeiten und Kompetenzen.</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung der Anzahl an EMP-Gruppen vor allem am Campus Am Stern (Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014) – z.B. durch Woche der offenen Tür –EMP (Elementare Musikpädagogik) im 1. Quartal 2013, Campus-Fest im 2.Quartal 2013 sowie Stadtteilstadt Am Stern im 3. Quartal 2013</li> <li>• weitere Etablierung und Ausbau der instrumentalen und vokalen Eingangsstufen mit dem Ziel des effektiven Abbaus von Wartelisten und der qualifizierten Einteilung des Gruppenunterrichts (SJ 2012/2013 und 2013/2014)</li> <li>• Ausbau des Modellprojektes JEKISS – die singende Grundschule: (momentan 1 Grundschule, ab SJ 2012/13 mindestens 2-3-Grundschulen → ist aus vorhandenen Mitteln und Förderanträgen, z.B. Stiftung Waisenhaus abgedeckt) ab SJ 2013/2014 ist es das Ziel, weitere Grundschulen zu erreichen</li> </ul> <p><b>Produkt 27100 Volkshochschule</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Die Vhs wird im Jahr 2013 ins <b>Bildungsforum</b> einziehen.</p> <p><b>Ziel:</b> Gewinnung neuer Teilnehmer und Zielgruppen, damit Erhöhung der Einnahmen aus Teilnehmer-Entgelten</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b>  In Kooperation mit der SLB werden mehrere gemeinsame Aktivitäten geplant, die Synergieeffekte für beide Einrichtungen bringen sollen, u. a. die Etablierung gemeinsamer Veranstaltungsformate sowie die Errichtung einer Lernwerkstatt im Bereich der SLB, die von Mitarbeitern beider Institutionen betreut werden wird. Die Vorbereitungen dafür sind bereits im Jahr 2012 gestartet.</p>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	2.695.200	3.819.900	-1.124.700	<p><b>Produkt 36710 Wohnheime</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Erfüllung der Schulträgeraufgaben gemäß §§ 99 bis 116 des Brandenburgischen Schulgesetzes zur Verwirklichung des Rechtes auf Bildung</p> <p><b>Ziel:</b> Gewährleistung und Absicherung des Wohnheimbetriebes</p>
42	Sportförderung	1.317.600	7.740.900	-6.423.300	<p><b>Produkt 42100 Förderung des Sports</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Schul-, Freizeit-, Vereinssport; Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung</p> <p><b>Ziel:</b> bedarfsorientierte Gewährleistung der sportlichen Betätigung sowie die Teilnahme an Sportveranstaltungen der Bürgerinnen und Bürger in organisierter oder nicht organisierter Form</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherstellung des unterjährigen Betriebes der Sportanlagen durch KIS, BLP GmbH und LSH GmbH für den <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulsport,</li> <li>• Vereinssport (Breiten- und Leistungssport) und den</li> <li>• nicht organisierten Breitensport</li> </ul> </li> <li>• Sportförderung gemäß Sportfördersatzung (Projekte, Veranstaltungen, Maßnahmen, Hauptstadtförderung-Verstetigung)</li> <li>• Umsetzung des Integrierten Sportentwicklungsplanes (derzeit in Aktualisierung) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehrbedarfe z.Zt. nicht quantifizierbar</li> </ul> </li> </ul>
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	5.800.000	0	5.800.000	Schullastenausgleich gemäß § 14 BbgFAG
<b>Summe Budget</b>		<b>19.456.800</b>	<b>67.486.400</b>	<b>-48.029.600</b>	

## Qualifizierter Eckwertebeschluss 2013

## Handlungsschwerpunkte des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz (GB 3) für das Haushaltsjahr 2013

## Herausforderungen / Rahmenbedingungen

## Vor welchen Herausforderungen steht der Geschäftsbereich im Haushaltsjahr 2013? Von welchen Rahmenbedingungen geht er aus?

Herausforderungen gibt es in jedem Aufgabenfeld des Geschäftsbereiches und sei es die „bloße“ Erfüllung von nicht so sehr im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Pflichtaufgaben. Die Ansprüche hinsichtlich Zeit- und Bürgernähe steigen, die Umsetzung ist jedoch nicht unwesentlich von Schwierigkeiten begleitet. Beispielhaft seien hier die tatsächlich zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen genannt.

Große Unsicherheit und - damit immer eine besondere Herausforderung - stellt die Gewährung sozialer Leistungen dar. Es gilt insbesondere im Bereich des SGB II, auf die Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklungen, also Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und damit die Entwicklung der benötigten finanziellen Ressourcen, zu reagieren. Der Demographische Wandel, hier die sukzessive Zunahme der Anzahl Menschen hohen Alters in Potsdam (80+) sowie die zu beobachtende Zunahme der Anzahl älterer Menschen mit Behinderung, stellen eine Herausforderung hinsichtlich der Leistungsgewährung nicht nur im Hinblick auf die damit verbundenen finanziellen Aspekte dar.

Beim wichtigen Thema Inklusion ist die Entwicklung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus dem Teilhabeplan für die Landeshauptstadt Potsdam vordergründig vorgesehen. Selbst die überaus erfreuliche Entwicklung der Kinderzahlen in der Landeshauptstadt Potsdam stellt den Geschäftsbereich 3 vor immer neue Herausforderungen hinsichtlich des Angebots an Kitaplätzen und hinsichtlich der zu erhaltenden Standards in den Tagesstätten.

Grundsätzlich werden ohnehin jegliche Ansprüche an die Verwaltung einer wachsenden Stadt größer, deren Befriedigung es tagtäglich zu meistern gilt.

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
11	Innere Verwaltung	0	440.700	-440.700	<b>Handlungsschwerpunkte (Auszug):</b> Wahrnehmung der Verantwortung für die Handlungsfelder Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz unter anderem durch Erhaltung und Weiterentwicklung organisatorischer und struktureller Standards.
12	Sicherheit und Ordnung	17.225.700	30.461.800	-13.236.100	<p><b>Produkt 12201 Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten</b></p> <p><b>Ziel (Auszug):</b> Zeit- und bürgernahe Erfüllung der Pflichtaufgaben und Erweiterung von Online-Angeboten</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Herstellung einer "allumfassenden Aufgabenwahrnehmung", Erhöhung der Anzahl der Inspektoren mit Sonderaufgaben (Fundtiere+Blitzer)</li> <li>• Kontinuierliche Durchführung von Kontrollen zum Jugendschutz</li> </ul> <p><b>Produkt 12202 Bürgerservice</b></p> <p><b>Ziel (Auszug):</b> Zeit- und bürgernahe Erfüllung der Pflichtaufgaben und damit Einhaltung von Serviceversprechen</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erweiterung der Online-Angebote</li> <li>• Einführung des ePR (elektron. Personenstandsregister)</li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<p><b><u>Produkt 12203 Straßenverkehrsangelegenheiten</u></b></p> <p><b>Ziel (Auszug):</b> Zeit- und bürgernahe Erfüllung der Pflichtaufgaben</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erteilung von Bewohnerparkerlaubnissen an mehreren Servicestellen des FB 32 und Antragstellung auch online</li> </ul> <p><b><u>Produkt 12204 Bußgeldangelegenheiten</u></b></p> <p><b>Ziel (Auszug):</b> Optimierung des Messtechnikeinsatzes in Zusammenarbeit mit dem Außendienst zur Verringerung von Ausfallzeiten</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stabilisierung der Qualitätsstandards</li> </ul> <p><b><u>Fachbereich 37</u></b></p> <p><b>Ziel (Auszug):</b> Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr und des Rettungsdienstes um Menschenleben, andere Lebewesen und Sachwerte zu schützen und zu retten,</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortführung der Erneuerung des Fuhrparks der Feuerwehr (Abrollcontainer Atemschutz und Fahrzeug für die Tauchergruppe) (Abschluss Ende 2013), Beschaffung über KFP, Fahrzeuge werden durch den Fachbereich angemietet (<i>Produkt 12600 Brandschutzaufgaben</i>)</li> <li>• Beschaffung von 2 Rettungswagen, 1 Notarztfahrzeug, 1 Krankentransportwagens (Mitte bis Ende 2013), Beschaffung über Leasing (<i>Produkt 12700 Rettungsdienstaufgaben</i>)</li> <li>• Erneuerung der technischen Ausstattung der Regionalleitstelle (Mitte bis Ende 2013), Beschaffung über Miete (<i>Regionalleitstelle Produkt 12701</i>)</li> </ul> <p><b><u>Fachbereich 38:</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> Einführung/Umsetzung eines Systems zur Darstellung der Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung - - abhängig von den gesetzlichen Grundlagen muss die (kommende) bundeseinheitliche Regelung in der LHP umgesetzt werden - - aktuelle gibt es lediglich Eckpunkte zu der neuen Vorgehensweise</p>
31-35	Soziale Hilfen	45.382.900	97.496.800	-52.113.900	<p><b><u>Fachbereich 38</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• zeit- und bürgernahe Erfüllung der Pflichtaufgaben</li> <li>• Servicestelle Soziale Hilfen – Entwicklung einer Umsetzungsstrategie einer möglichen Servicestelle unter Einbeziehung der Servicestelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sowie der erwachsenen Menschen mit Behinderungen</li> </ul> <p><b><u>Produkt 31550 Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Unterbringung von Hilfeempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (für 2012 sind 78 Personen angemeldet, die in Potsdam untergebracht werden sollen)</p>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<p><b><u>Produkt 31200 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), Produkt 31111 Hilfe z. Lebensunterhalt lfd. Leistungen, Produkt 31112 Hilfe zum Lebensunterhalt einmalige Leistungen, Produkt 31300 Hilfen für Asylbewerber, Produkt 35170 sonstige soz. Angelegenheiten</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> weitere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes</p> <p><b>Ziel:</b> Erreichen möglichst aller anspruchsberechtigten Kinder und Jugendliche in Potsdam (bis Februar 2012 wurden 59,4 % der Leistungsberechtigten Kinder und Jugendliche erreicht)</p> <p><b><u>Produkt 34200 Arbeitsförderung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Realisierung der Bundesförderung Bürgerarbeit im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung</p> <p><b>Ziel:</b> Integration des Personenkreises möglichst in den ersten Arbeitsmarkt</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• zu diesem Zweck werden bis zu 55 Einsatzstellen geplant und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten des SGB II besetzt</li> </ul> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Initiierung von 7 neuen Vorhaben im Bereich der Landesförderung „Regionalbudget“ mit den Zielgruppen ältere, jüngere und alleinerziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte sowie Leistungsberechtigte mit Migrationshintergrund</p> <p><b>Ziel:</b> Integration des Personenkreises möglichst in den ersten Arbeitsmarkt</p>
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	20.615.900	100.436.900	-79.821.000	<p><b>Handlungsschwerpunkt :</b> Sicherung des Rechtes junger Menschen auf Förderung der Entwicklung und auf Erziehung gemäß den Bestimmungen des SGB VIII</p> <p><b><u>Produkt 36502 Betreuung von Kindern / Produkt 36100 Förderung von Kindern Tageseinrichtungen und Tagespflege</u></b></p> <p><b>Ziel:</b> Sicherung des Rechtsanspruches auf Betreuung in Kindertageseinrichtungen, insbesondere durch</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug Maßnahmen):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau der Tagesbetreuungsangebote von 270 Plätze auf 315 Plätze</li> <li>• Sicherung der Betreuung von 13.821 (=13.776 lt. Maßnahmenplanung 2011/2012 + 45 nicht versorgte Plätze bei Tagespflege) Kindern in Kindertageseinrichtungen</li> </ul> <p>Freiwillig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung und Finanzierung von Qualitätsparametern in Kindertagesstätten</li> <li>• Einführung und Finanzierung einer Eingewöhnungszeit in Kindertagesstätten</li> </ul> <p><b><u>Produkt 36320 Förderung der Erziehung in der Familie, 36330 Hilfe zur Erziehung</u></b></p> <p><b>Ziel:</b> Sicherung der Gewährung von bedarfsgerechten und effektiven Hilfen zur Erziehung</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug Maßnahmen):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung der Anzahl der gewährten kostenintensiven stationären Hilfen von zurzeit ca. 210 Fälle auf ca. 180 Fälle</li> <li>• Ausbau des Angebotes an kostengünstigeren flexiblen ambulanten Hilfen</li> <li>• Ausbau der Beratungsleistungen und der individuellen Unterstützung der Familien</li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<p><b><u>Produkt 36600 Einrichtungen der Jugendarbeit</u></b></p> <p><b>Ziel:</b> Sicherung eines bedarfsgerechten Angebotes der Jugendarbeit</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug Maßnahmen):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschluss von qualifizierten Leistungsvereinbarungen mit weiteren Trägern der Kinder- und Jugendarbeit</li> <li>• Tarifgerechte Förderung der Sozialpädagogen in den Jugendeinrichtungen</li> <li>• Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebotes der Jugendarbeit im Potsdamer Norden (Neubau eines Jugendklubs)</li> <li>• Entwicklung eines Konzeptes zur schrittweisen Sanierung der bestehenden Jugendeinrichtungen in Abstimmung mit dem Kommunalen Immobilienservice</li> </ul>
41	Gesundheitsdienste	215.500	2.924.700	-2.709.200	<p><b><u>Produkt 41400 Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz/Gesundheitspflege</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Projekt Gesundheitsamt 2020</p> <p><b>Ziel:</b> Aufbau eines zukunftsfähigen Gesundheitsamtes für die LHP, angepasst an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung? (Auszug Maßnahmen aktuell geplant für 2013):</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Impfstelle</li> <li>• amtsärztl. Untersuchungen und Begutachtung</li> <li>• AIDS und TBC-Beratung,</li> <li>• Prävention und Gesundheitsförderung</li> </ul>
52	Bauen und Wohnen	15.000	1.382.500	-1.367.500	<p><b><u>Produkt 52201 Wohnen</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Erarbeitung eines Wohnungspolitischen Konzeptes für die LHP</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung von Instrumenten zur Sicherung sozial verträglichen Wohnens in der LHP als Reaktion auf die auslaufende Belegungsbindung</li> </ul>
53	Ver- und Entsorgung	13.531.300	14.398.500	-867.200	<p><b><u>Produkt 53702 Abfallentsorgung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Umsetzung von Maßnahmen des Abfallwirtschaftskonzeptes 2011 – 2016</p> <p><b>Ziel:</b> gesetzeskonforme Abfallentsorgung bei größtmöglicher Gebührenstabilität und –gerechtigkeit</p> <p><b><u>Produkt 53710 Bodenschutz/Altlasten</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Ersatz – und Gefahrenabwehrmaßnahmen im Bereich Altlasten/Bodenschutz</p> <p><b>Ziel:</b> Abwehr schädlicher Beeinflussungen für Schutzgüter</p>
54	Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV	2.166.000	3.405.100	-1.239.100	<p><b><u>Produkt 54501 Straßenreinigung</u></b></p> <p><b>Ziel:</b> Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über eine Einordnungs- und Leistungssystematik Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über eine Straßenreinigungs- und -gebührensatzung 2013.</p>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zieleinreichung?</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung eines Systemvorschlages über eine Einordnungs- und Leistungssystematik für die Straßenreinigung</li> <li>• Nach entsprechender Beschlussfassung Ermittlung des Leistungsumfanges und Vereinbarung neuer Preise mit dem beauftragten Dritten</li> <li>• Anpassung des Kalkulationsmodells an die beschlossene Systematik</li> <li>• Erstellung einer technischen Satzung und Erarbeitung einer Gebührensatzung nach den Grundsätzen des KAG's.</li> </ul>
55	Naturschutz und Landschaftspflege	152.300	646.100	-493.800	<b><u>Produkt 55400 Naturschutz und Landschaftspflege</u></b> <b>Handlungsschwerpunkt:</b> Förderung der Arten- und Biotopvielfalt; Anpassung und Entwicklung der Schutzgebietskulisse <b><u>Produkt 55500 Land- und Forstwirtschaft</u></b> <b>Handlungsschwerpunkt:</b> Stärkung des ländlichen Raums in der LHP
56	Umweltschutz	296.200	1.300.300	-1.004.100	<b><u>Produkt 56100 Umweltschutzmaßnahmen</u></b> <b>Handlungsschwerpunkt:</b> Rekultivierung von Deponien in der Landeshauptstadt Potsdam <b>Maßnahme:</b> Ländliche Anpassung der Deponie Golm
57	Wirtschaft und Tourismus	136.100	186.100	-50.000	
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	10.650.000	0	10.650.000	Effizientes und effektives Einsetzen der Gelder aus dem Länderfinanzausgleich (hier: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sowie Wohngeldeinsparungen des Landes)
71	Stiftungen	2.200	2.200	0	
<b>Summe Budget</b>		<b>110.389.100</b>	<b>253.081.700</b>	<b>-142.692.600</b>	

## Qualifizierter Eckwertebeschluss 2013

## Handlungsschwerpunkte des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung und Bauen (GB 4) für das Haushaltsjahr 2013

## Herausforderungen / Rahmenbedingungen

## Vor welchen Herausforderungen steht der Geschäftsbereich im Haushaltsjahr 2013? Von welchen Rahmenbedingungen geht er aus?

**Erarbeitung von Zielen der Stadtentwicklung im gesamtstädtischen Rahmen der Bauleitplanung und deren Konkretisierung für die wachsende Landeshauptstadt Potsdam insbesondere durch:**

- Fortführung des Infrastrukturkonzepts zunächst mit der Konzentration auf soziale Infrastruktur (weitere Themen- Verkehr, freiwillige Aufgabe sollen folgen)
- Fortführung Koordinierung und Umsetzung des STEK-Wohnen mit den Handlungsansätzen Baulandbereitstellung, städtische Bodenpolitik, Erhalt von Belegungs- und Mietpreisbindungen, sowie zur städtebaulichen Qualitätssicherung entsprechend der Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung
- Sicherung nachhaltiger Mobilität, hier v.a. STEK-Verkehr incl. Koordinierende Planwerke Luftreinhalteplan, Lärmaktionsplan, Klimaschutzkonzept, Radverkehrskonzept, dafür zwingend erforderlich ist die Sicherung, Erhaltung und Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zur Durchführung der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben und Verkehrssicherung öffentlicher Anlagen unter dem Aspekt der Nachholung un-terlassener Instandhaltungen auf öffentlichen Grün- und Verkehrsflächen zur Aufhaltung des Vermögensverzehrs dringende Sicherung eines hierfür auskömmlichen Budgets durch entsprechende Erhöhung der Ansätze

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
11	Innere Verwaltung	0	960.800	-960.800	<p><b>Produkt 11104 Verwaltungsführung – Leitung GB 4</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> Sicherung des ordnungsgemäßen, effektiven Handelns der Organisationseinheiten des GB 4.</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weitere Umsetzung der Organisationsverfügung des OBM vom 30.11.2012 zur Änderung der Organisationsstruktur im GB 4</li> </ul>
51	Räumliche Planung und Entwicklung	8.971.200	18.676.600	-9.705.400	<p><b>Produkt 11104 Kommunale Vermessung und Geobasisdaten</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkte/Ziel:</b> Bedarfsgerechte Bereitstellung vermessungstechnischer Leistungen und Geobasisdaten für die Erfüllung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben. Sicherung einer nachhaltigen Bodennutzung durch Bodenordnungsverfahren. Grundstücksbewertungen zur Sicherung kommunaler Vermögenswerte.</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbau einer Geodateninfrastruktur zur Intensivierung der Geodatennutzung für die Gesamtverwaltung</li> <li>• Durchführung von Bodenordnungsverfahren in Golm und Groß Glienicke</li> <li>• Ermittlung von Sanierungsausgleichsbeträgen in Babelsberg und Potsdam</li> </ul> <p><b>Produkt 51102 Liegenschaftskataster, Landesvermessung und Gutachterausschuss</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach dem Vermessungsgesetz, Sicherung des Eigentums an Grund und Boden, Schaffung von Transparenz über den Potsdamer Grundstücksmarkt.</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• technologische Erneuerung des Liegenschaftskatasters durch Einführung des Systems „ALKIS“</li> <li>• Umsetzung von Projekten zur Qualitätssteigerungen in den Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters</li> <li>• Untersuchungen zur Ableitung von qualifizierten Daten der Wertermittlung (Grundstücksmarktdaten)</li> </ul>

				<p><b><u>Produkt 51103 Stadtentwicklung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Erarbeitung von Zielen der Stadtentwicklung im gesamtstädtischen Rahmen der der Bauleitplanung und deren Konkretisierung in sektoralen Stadtentwicklungskonzepten</p> <p><b>Ziele:</b> 1. Fortführung Mobilitätskonzepte und Umsetzungs koordinierung 2. Fortführung Koordinierung sektorale Konzepte (besonders: Wohnen, Infrastruktur)</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b> Zu 1) - Radverkehrskonzept (2014) - P + R-Konzept (2013) - Koordinierung Umsetzung Mobilitätskonzepte/Umweltschutzkonzepte (2014)</p> <p>Zu 2) - Arbeitsgruppen STEK-Wohnen (2014) - Arbeitsgruppe Integriertes Infrastrukturkonzept (2014)</p> <p><b><u>Produkt 51104 Bauleitplanung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die angestrebte städtebaulich geordnete Entwicklung der Stadt</p> <p><b>Ziel:</b> Abschluss von Verfahren der Verbindlichen Bauleitplanung zur Entwicklung prioritärer Flächen nach dem STEK-Gewerbe und dem STEK-Wohnen sowie zur städtebaulichen Qualitätssicherung entsprechend der Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsverbindlicher Abschluss mindestens eines Bebauungsplans zur Gewerbesicherung bis Dezember 2013 (etwa der Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Kirchsteigfeld“)</li> <li>• Rechtsverbindlicher Abschluss mindestens eines Bebauungsplans zur Wohnungsbauentwicklung bis Dezember 2013 (etwa des Bebauungsplans Nr. 120 „Ehemalige Kaserne Eiche“)</li> <li>• Rechtsverbindlicher Abschluss mindestens eines Bebauungsplans zur Sicherung städtebaulicher Qualitäten bis Dezember 2013 (etwa des Bebauungsplans Nr. 25-1 „Hegemeisterweg“)</li> </ul> <p><b><u>Produkt 51105 Planungsrecht</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> Die neue Qualität der Herausforderungen bei der Sicherung planungsrechtlicher Grundlagen bei der Genehmigung von Bauvorhaben als Pflichtaufgabe der Gemeinde besteht in dem zunehmend erhöhten Anspruch an Rechtssicherheit und Gleichbehandlung bei ständiger Erhöhung der städtebaulich-architektonischen Qualität und grundsätzlich lösungsorientierter Betrachtungsweise.</p> <p>Dabei spielt die Vermittlung zwischen kommunalen Interessen und den Wünschen von Bauherren, insbesondere unter dem Aspekt zunehmender Informationswünsche und Anforderungen an Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgern eine wachsende Rolle. Die Angliederung der Geschäftsstelle des Gestaltungsrates an den Bereich Planungsrecht soll die Transformation der qualitativen Anregungen im Sinne einer Steigerung der Baukultur in Potsdam in den laufenden Arbeitsprozess gewährleisten.</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Sicherstellung der in quantitativer und qualitativer Hinsicht notwendigen personellen Ressourcen ist die wichtigste Voraussetzung zur Erfüllung der Zielstellung.</li> </ul>
--	--	--	--	---

					<p><b><u>Produkt 51106 Stadterneuerung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt / Ziel:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erreichung der Sanierungs- bzw. Erneuerungsziele in den Städtebaulichen Gesamtmaßnahmen</li> <li>• erstmaliger Abschluss von Sanierungsverfahren im Land Brandenburg (Testfall für den Umfang nachlaufender Prozesse)</li> <li>• Vorbereitung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen</li> </ul> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Prioritär sind die Weiterführung der Sanierungs- bzw. Erneuerungsgebiete Potsdamer Mitte, Babelsberg und Stern/Drewitz (mit Gartenstadt); der Zeithorizont ist insbesondere abhängig von der Höhe der zur Verfügung stehenden und abrufbaren (Höhe des KMA) Summe der Städtebaufördermittel;</li> <li>• Abschluss der Sanierungsmaßnahmen Holländisches Viertel, Stadterweiterung Nord, Schiffbauergasse und Babelsberg in den nächsten fünf Jahren (ohne Nachlaufphase);</li> <li>• Abschluss der vorbereitende Untersuchungen Krampnitz und Glasmeisterstr.</li> </ul>
52	Bauen und Wohnen	2.259.700	4.218.600	-1.958.900	<p><b><u>Produkt 52100 Bauordnung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/ Ziel:</b> Erstellung von Bescheiden und Bescheinigungen für bauliche Investitionen auf der Grundlage der Brandenburgischen Bauordnung. Sicherung des Bauordnungsrechts im Hinblick auf die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften. Diese Tätigkeiten sind der Bauaufsicht als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen worden.</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchführung von Baugenehmigungs- und Vorbescheidverfahren mit dem Ziel die baulichen Investitionen zu sichern bzw. vorzubereiten.</li> <li>• Durchführung der entsprechenden ordnungsbehördlichen bzw. Bußgeldverfahren zur Sicherstellung rechtlich einwandfreier Zustände hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und zur Beseitigung potentieller Gefahrenstellen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.</li> </ul> <p><b><u>Produkt 52202 Förderung des Wohnungsbaus</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> entsprechend STEK-Wohnen: Verbesserung der Koordination von/ Beratung über und Werbung für Fördermöglichkeiten des Wohnungsbaus im weitesten Sinne</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einnahmen aus der Kleinen Investitionsbescheinigung</li> <li>• Einzelberatungen, Koordinationsrunden mit Fördergeber und städtischen Beteiligten</li> <li>• Fertigung von Informationsmaterialien (Zeithorizont: laufend)</li> </ul> <p><b><u>Produkt 52300 Denkmalschutz und -pflege</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> entsprechend BbgDSchG: Schutz, Erhaltung, Pflege und Erforschung der Denkmale als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung des Jüdischen Friedhofes,</li> <li>• UNESCO-Welterbestättenförderung, Wiederherstellung, Sicherung, Pflege, Erhalt historischer Außenanlagen;</li> <li>• indirekte Förderung nach § 7i;</li> <li>• Stadtgeschichtl. Dokumentation; Restaurierung von historischen Bauplänen, beratende Tätigkeit (Zeithorizont: laufend)</li> </ul>

53	Ver- und Entsorgung	54.821.600	54.820.100	1.500	<p><b><u>Produkt 53300 Wasserversorgung / Produkt 53800 Abwasserbeseitigung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Versorgung mit Trinkwasser inkl. Caputh und Geltow sowie Entsorgung von Schmutz- und Niederschlagswasser gemäß Satzung und V+E-Vertrag,</p> <p><b>Ziel:</b> Kalkulation von 100% kostendeckender Gebühren</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorlage neuer Satzungen und Kalkulation 2012/13</li> </ul>
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	9.958.500	26.487.300	-16.528.800	<p><b><u>Produkt 54100 Gemeindestraßen / Produkt 54300 Landesstraßen / Produkt 54400 Bundesstraßen</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Erfüllung der Aufgaben, die der LHP als Trägerin der Straßenbaulast nach den gesetzlichen Vorgaben (BFernStrG, BauGB BGB, Eisenbahnkreuzungsgesetz , Brandenburgisches Straßengesetz, KAG, Erschließungsbeitragsatzung, Straßenausbaubeitragssatzung) obliegen. Pflichtgemäße Unterhaltung von öffentlichen Verkehrsflächen. Der derzeitige Ansatz ist nicht auskömmlich.</p> <p><b>Ziel:</b> Abbau des Instandhaltungsrückstaus zur Aufhaltung des Vermögensverzehr</p> <p><b><u>Produkt 54502 Winterdienst</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch ordnungsgemäßen Straßenwinterdienst auf ausgewählten Fahrbahnen, Radwegen, Gehwegen und Treppen entsprechend des Ortsrechts der LHP</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umstellung auf All-inclusive-Winterdienst</li> <li>• Reduzierung des städtischen Zuschusses von 786,7 TEUR in 2013, damit weniger oder keine nichtumlagefähigen Kosten mehr entstehen</li> </ul> <p><b><u>Produkt 54600 Parkeinrichtungen</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Erfüllung der Aufgaben zum Bau und Betrieb von Verkehrseinrichtungen auf bewirtschafteten Parkplätzen sowie Bau und Betrieb von Verkehrseinrichtungen des Park-Leit-Systems,</p> <p><b>Ziel:</b> Parkraumauslastung, Steuerung des Parkverkehrs, Erzielung auskömmlicher notwendiger Erträge aus der Parkraumbewirtschaftung</p> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung der Parkgebührenordnung</li> <li>• Erreichung der in der mittelfristigen Planung fixierten Planansätze</li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
55	Natur- und Landschaftspflege	3.309.000	10.449.600	-7.140.600	<p><b><u>Produkt 55100 Öffentliches Grün/Landschaftsbau</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> pflichtgemäße Unterhaltung von öffentlichen Grünflächen und Kinderspielplätzen:  <b>Ziel:</b> ordnungsgemäße Pflege der öffentlichen Grün- und Erholungsflächen und öffentlichen Kinderspielplätze.</p> <p><b><u>Produkt 55201 Kommunale Gräben / Produkt 55202 Ufer- und Steganlagen</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Kommunale Gewässer II. Ordnung/ Ufer- und Steganlagen Gewässer I. Ordnung  Beitragszahlungen an die Wasser- und Bodenverbände (WBV) Nauen und Nuthe-Nieplitz, pflichtgemäße Unterhaltung von baulichen Anlagen, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit, Beauftragung von Leistungen, die über den Satzungsumfang der WBV hinausgehen, Unterhaltung Stadtkanal Abschnitte Yorckstraße und Große Fischerstraße</p> <p><i>Der Beitragssatz für den WBV Nauen wird im Jahr 2013 erhöht.</i></p> <p><b>Ziel:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abbau von Defiziten an Gewässern II. Ordnung</li> <li>• Erhaltung der Gewässer und ihrer Ufer</li> <li>• Abbau von Unterhaltungsrückständen</li> <li>• Beseitigung von Hochwasser- und Vandalismusschäden</li> </ul> <p><b><u>Produkt 55301 Friedhofs- und Bestattungswesen / Produkt 55302 Krematorium</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Vorbereitung und Durchführung der Beisetzung von Verstorbenen, Bereitstellung von Feierhallen, Pflege und Unterhaltung des Rahmengrüns, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht an Bäumen, Wegen, Plätzen, Treppen, Mauern und Grabsteinen, Unterhaltung der Kriegsgräber, Durchführung von Feuerbestattungen</p> <p><b>Ziele:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• hoher Kostendeckungsgrad</li> <li>• Bürgerfreundlichkeit mit hohem Dienstleistungsangebot</li> <li>• kurze Durchlaufzeiten von der Einlieferung der Leiche ins Krematorium bis zur Übergabe der Urne</li> <li>• Kundenbindung</li> <li>• Klimaschutz</li> <li>• Wiedererwerb der Auszeichnung „Kontrolliertes Krematorium“</li> </ul> <p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ökonomischer Umgang mit den Ressourcen,</li> <li>• zeitgemäße Entwicklung sowie Pflege der Bestattungskultur</li> <li>• aktive Öffentlichkeitsarbeit, Kundenakquise zur Steigerung der Fallzahlen</li> <li>• Einhaltung und Unterschreitung der gesetzlichen Emissionswerte</li> </ul>
57	Wirtschaft und Tourismus	100.000	844.300	-744.300	<p><b><u>Produkt 57302 Biosphärenhalle</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt / Ziel:</b> Absicherung einer möglichst wirtschaftlichen Betreibung des Betriebs gewerblicher Art Biosphäre als touristische Infrastruktureinrichtung im Rahmen der förderrechtlichen Bindungen, möglichst verbunden mit der Reduzierung und Begrenzung des jährlichen Zuschusses der LHP.</p>

					<p><b>Was plant der Geschäftsbereich zur Zielerreichung?</b>  Die Betreuung der Biosphäre wird derzeit EU-weit ausgeschrieben. Der neue Betreiber soll den Betrieb der Biosphäre alleinverantwortlich und auf eigene Rechnung, Kosten und Gefahren übernehmen sowie ein Konzept entwickeln, mit dem er langfristig einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung möglichst ohne Zuschüsse der LHP sicherstellen kann. Dabei ist auch der gesamte Erwerb des Grundstücks mit der Biosphäre möglich, aber nicht verpflichtend. Unter der Voraussetzung, dass diese EU-weite Ausschreibung erfolgreich verläuft, wäre eine Betreuung zukünftig ggf. mit dem veranschlagten sehr reduziertem oder ohne Zuschuss der LHP möglich. Andernfalls müssen ggf. unter Beteiligung der ProPotsdam als Eigenvariante Modelle entwickelt werden, die dennoch zur Begrenzung des städtischen Zuschusses führen.</p>
<b>Summe Budget</b>		<b>79.420.000</b>	<b>116.457.300</b>	<b>-37.037.300</b>	

## Qualifizierter Eckwertebeschluss 2013

## Handlungsschwerpunkte des Geschäftsbereichs Oberbürgermeister (GB 9) für das Haushaltsjahr 2013

## Herausforderungen / Rahmenbedingungen

Vor welchen Herausforderungen steht der Geschäftsbereich im Haushaltsjahr 2013? Von welchen Rahmenbedingungen geht er aus?

## Herausforderungen / Rahmenbedingungen für Geschäftsbereich 9:

- Die Presse und Öffentlichkeitsarbeit an die Bedingungen und Geschwindigkeiten der „Sozialen Netzwerke“ im Internet anzupassen bzw. adäquat zu reagieren (901 und 906).
- Die besondere Attraktivität der Landeshauptstadt durch ihr Arbeitsplatzangebot zu halten und auszubauen ( Stichwort Gewerbeflächen - 903)
- Die Umsetzung der im Teilhabeplan (904) entwickelten Ideen und Maßnahmen
- Die Umsetzung des Konzepts Bürgerbeteiligung mit der Einrichtung und Besetzung entsprechender Stellen so wie Kooperationen mit der Bürgerschaft (901).
- Die Umsetzung der aus der Transparenzkommission entwickelten Vorschläge in den städtischen Unternehmen. Einführung von neuen Verfahren im Verhältnis Gesellschafter, Aufsichtsräte und die Rolle der SVV (912).
- Die – auch technische – Anpassung des Ablaufs der SVV durch die Einführung papierloser Strukturen und öffentlicher Übertragung der Sitzung (902).
- Umsetzung praktischer Schritte aus dem Klimaschutzkonzept vor allem in Kooperation mit den Stadtwerken (910)
- Aufbau einer Geschäftsstellenstruktur bei der Siko für die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (911)
- Aufbau einer arbeitsfähigen Struktur für die Gedenkstätte Lindenstraße verbunden mit der Überführung der Gedenkstätte in eine unabhängige Trägerschaft.

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
11	Innere Verwaltung	1.608.400	6.264.900	-4.656.500	<p><b>Neu: Produkt 11111 Beteiligungsmanagement</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Die Handlungsschwerpunkte des Bereichs Beteiligungsmanagement liegen auch im Haushaltsjahr 2013 bei der weiteren Umsetzung der Ergebnisse der Transparenzkommission, bei der strategischen Ausrichtung, Kontrolle und Steuerung der Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften sowie des Eigenbetriebes. Weiterer Handlungsschwerpunkt ist die Erstellung des Beteiligungsberichtes und des Ergänzungsbandes. Die finanzielle Übersicht befindet sich noch im alten Produkt 1111001 und wird erst mit Bestätigung des Haushaltes in das neue Produkt 1111100 umgeschrieben.</p> <p><b>Produkt 11141 Stadtverordnetenversammlung</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Internet gemäß Beschluss der SVV vom 02.11.2011, DS 11/SVV/0763. Die Voraussetzungen werden derzeit noch geprüft; die finanziellen Mittel für die Umsetzung des Beschlusses sind noch nicht bezifferbar. Ansonsten sind die Herausforderungen im Jahr 2013 im üblichen Rahmen mit den Schwerpunkten: Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten gem. Entschädigungssatzung, Fraktionszuweisungen und Sachaufwendungen für Ortsteile, einschließlich der Zuwendungen nach § 46 (4) BbgKVerf</p> <p><b>Produkt 11144 Öffentlichkeitsarbeit/Marketing</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt/Ziel:</b> Regelmäßige und aktuelle Information der Öffentlichkeit über relevante Belange der Landeshauptstadt Potsdam; Positionierung der LHP im Wettbewerb mit anderen Städten; Profilierung der Marke Potsdam Diese Ziele sind langfristig angelegt und stellen eine permanente Aufgabe dar. Unabhängig davon gibt es Etappenziele, deren Umsetzung sich zeitlich eingrenzen lässt.</p> <p><b>Was plant der Bereich zur Zielerreichung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Relaunch von www.potsdam.de</li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung einer mobilen Anwendung von <a href="http://www.Potsdam.de">www.Potsdam.de</a></li> <li>• Ausbau der Social-Media-Anwendungen</li> <li>• Realisierung des Themenschwerpunkts Wissenschaft mit verschiedenen Maßnahmen</li> <li>• Aktualisierung der Printprodukte nach Abschluss stadtbildprägender Baumaßnahmen (z. B. Landtag)</li> <li>• Durchführung des UNESCO-Tages 2013</li> </ul> <p><b><u>Produkt 11145 Rechnungsprüfung</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt</b> ist die Rechnungsprüfung an sich. Die Bestimmung weiterer „Unterschwerpunkte“, um eine direkte Verbindung zu einem Teilbudget herzustellen, kann in diesem Produkt innerhalb des Produktbereiches nicht erfolgen. Anliegen des qualifizierten Eckwertebeschlusses soll die Konzentration des Verwaltungshandelns oder kommunalpolitischer Entscheidungen auf bestimmte Handlungsschwerpunkte sein. D. h. hier wäre eine Auflistung der verschiedenen Aufgaben dieses Produktes vorzunehmen und eine Entscheidung über die Prioritäten zu treffen. Bei der Rechnungsprüfung kann es insofern nicht diesen Entscheidungsspielraum geben, weil die Aufgaben dem RPA gesetzlich oder per Rechnungsprüfungsordnung bereits zugewiesen wurden.</p> <p><b><u>Produkt 11194 Potsdamer Sicherheitskonferenz</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkte:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Potsdam bekennt Farbe – Unterstützung von Präventionsangeboten in der Antidiskriminierungsarbeit, von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz</li> <li>• Verstärkung der Zusammenarbeit bei diesen Themen mit unseren europäischen Partnern hier v.a. im Rahmen der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchführung einer noch genauer zu planenden Reihe von Veranstaltungen und Projekten anlässlich des 80. Jahrestages der Machtergreifung von Hitler - ganzjährig</li> <li>• Verfestigung Arbeit der Geschäftsstelle der ECCAR - ganzjährig</li> </ul> </li> <li>• Allgemeine Sicherheits- und Kriminalprävention <ul style="list-style-type: none"> <li>• Muss später an Hand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) präzisiert werden.</li> </ul> </li> </ul> <p><b><u>Produkt 11142 Büro für Chancengleichheit und Vielfalt</u></b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Interkulturelle Öffnung der Verwaltung</p> <p><b>Ziel:</b> Stärkung der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung</p> <p><b>Was plant der Bereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ barrierefreie Gestaltung von <a href="http://www.potsdam.de">www.potsdam.de</a></li> <li>▪ Sensibilisierung und Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeitende (Kursangebote des Arbeitgebers für Fremdsprachen und Gebärdensprache)</li> </ul>
12	Sicherheit und Ordnung	500	179.100	-178.600	

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	6.936.100	11.329.200	-4.393.100	<p><b>Produkt 54700 ÖPNV</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Für den ÖPNV-Bereich geht es, wie in den Vorjahren, um die umfassende Sicherstellung der Daseinsvorsorge mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs in Quantität und Qualität. Dies geschieht auch im Jahr 2013 auf der Grundlage des Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrages mit der VIP.</p>
56	Umweltschutz	0	494.400	-494.400	<p><b>Produkt 56101 Klimaschutzmaßnahmen</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkt:</b> Weiterführung und Ausweitung der Aktivitäten im Klimaschutz und Umbau der Energieversorgung</p> <p><b>Ziel:</b> Verbesserung der Außendarstellung der Stadt und öffentlichen Wahrnehmung, Wissenserweiterung in der Bevölkerung, Netzwirkbildung und Potentialermittlung für alle zur Verfügung stehenden Stoffströme zur energetischen Nutzung (Strom und Wärme)</p> <p><b>Was plant der Bereich zur Zielerreichung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gründung der Klimaagentur (Bürgererstberatung)</li> <li>• Aufbau Potsdamer Klimadialog (Vernetzung)</li> <li>• Fortführung Klimapreis (öffentliche Wahrnehmung)</li> <li>• Beantragung Masterplan 100% EE bis 2050 beim BMU – Nationale Klimaschutzinitiative (Potentialermittlung 100%EE bis 2050)</li> </ul>
57	Wirtschaft und Tourismus	1.368.800	3.642.000	-2.273.200	<p><b>Produkt 57100 Wirtschaftsförderung</b></p> <p><b>Handlungsschwerpunkte:</b> Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sichern, Standortprofil und Branchenkompetenzen weiter entwickeln, Wissenschaftspotenziale für Wertschöpfung erschließen, Tourismus als Wirtschaftsfaktor entwickeln und fördern</p> <p><b>Ziel:</b> Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen, damit Unternehmen gewonnen und gebunden werden können und 1.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr bis 2020 entstehen mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der wachsenden LHP nachhaltig zu sichern und auszubauen (nachhaltige Sicherung des Gewerbe- und Einkommenssteueraufkommens)</p> <p><b>Was plant der Bereich zur Zielerreichung?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auf der Grundlage der Leitlinien zur strategischen Ausrichtung der Gewerbeflächenpolitik der LHP den Engpass(!) „Gewerbeflächen“ schließen, durch Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des nachfragegerechten Gewerbeflächenangebotes beitragen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• konsequente Flächensicherung für Gewerbe auf der Grundlage des Gewerbeflächensicherungskonzepts</li> <li>• schrittweise Flächenaktivierung durch eine aktive Liegenschaftspolitik für gewerbliche Bauflächen (Beseitigung von Aktivierungshemmnissen, Flächenerwerb und -entwicklung)</li> <li>• Transparente Prozesssteuerung und -kontrolle durch Erwerb/Aufbau eines Datenbanksystem für Standortentwicklung, -vermittlung und -monitoring</li> <li>• Realisierung des Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg</li> </ul> </li> <li>• Stärkung der Branchenkompetenzfelder, mit den Schwerpunkten Medien/IKT und Biotechnologie durch eine schrittweise Umsetzung von Empfehlungen aus den vorliegenden Entwicklungskonzepten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Standortentwicklung Medienstadt + Medienstadt 2</li> <li>• Erweiterung/Ausbau Wissenschaftspark Golm</li> <li>• Lösungen für die Schaffung von Mietflächenangeboten an beiden Standorten</li> <li>• Unterstützung Standortmanagement für beide Standorte</li> </ul> </li> </ul>

Produktbereich	Bezeichnung	Erträge (in EUR)	Aufwendungen (in EUR)	Zuschuss/ Überschuss (in EUR)	Handlungsschwerpunkte und Ziele des Geschäftsbereichs
					<ul style="list-style-type: none"> <li>• Profilierung des Wissenschaftsstandorts und Förderung des regionalen Wissens- und Technologietransfers <ul style="list-style-type: none"> <li>• Optimierung wissenschaftsrelevanter Infrastruktur</li> <li>• Veranstaltungsreihe „Potsdam-innovativ“</li> <li>• Vernetzung und ständige Kommunikation zwischen Verwaltung und Wissenschaft</li> </ul> </li>   <li>• Standortfaktor „Fachkräfte“ weiter stärken durch zielgerichtete Maßnahmen zur Fachkräftesicherung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiativen zur Fachkräftesicherung initiieren, unterstützen und begleiten</li> <li>• Aktivitäten zur Fachkräftesicherung am Standort bündeln</li> <li>• Angebotstransparenz verbessern</li> </ul> </li>   <li>• Förderung von Existenzgründungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinierung des regionalen Netzwerk Gründerforum Potsdam,</li> <li>• Planung und Durchführung von Messen und Veranstaltungen für Gründer,</li> <li>• Erweiterung Informationsangebot für Gründer über Online-Plattform <a href="http://www.gruenden-in-potsdam.de">www.gruenden-in-potsdam.de</a>, Publikationen für Gründer</li> </ul> </li>   <li>• Service und Unterstützung für Unternehmen, Existenzgründer, Investoren und Ansiedlungsvorhaben: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftsservice: Information, Beratung, Standortvermittlung</li> <li>• Förderung im Rahmen der städtischen Förderprogramme</li> <li>• Projektunterstützung, -betreuung,</li> <li>• Zielgerichtet Weiterentwicklung der Strategien und Angebote der städtischen Wirtschaftsförderung auf der Grundlage empirischer Untersuchungen zur Standortzufriedenheit und –loyalität ortsansässiger Unternehmen (Frühjahrs- und Herbstbefragung Potsdamer Unternehmen 2013-„GEWERBEPuls“)</li> <li>• Schaffung von Softwarelösungen für ein serviceorientiertes Kundenmanagementsystem</li> </ul> </li>   <li>• Standortwerbung: Messeteilnahmen, Publikationen, Weiterentwicklung Internetpräsentation zum Wirtschaftsstandort, Standortpräsentationen usw.</li>   <li>• Förderung des Tourismus: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortschreibung des Tourismuskonzepts</li> <li>• Tourismusservice und Tourismusmarketing auf hohem Niveau sichern und Evaluierung des Dienstleistungsvertrages</li> <li>• Entwicklung der touristischen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Wasser- und Radtourismus, Interkommunale Zusammenarbeit und Kooperation</li> </ul> </li>   <li>• Stärkung der Zentren und des Einzelhandels: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortschreibung Einzelhandelskonzept</li> <li>• Verstetigung Geschäftsstraßenmanagement</li> </ul> </li> </ul>
<b>Summe Budget</b>		<b>9.913.800</b>	<b>21.909.600</b>	<b>-11.995.800</b>	
Beschlussvorlage 11/SVV/0907 Eckwert 2013 Stand: 14.11.2011		1.577.700	9.950.200	-8.372.500	Hinweis: Verlagerung des Bereiches Beteiligungsmanagement in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters Erträge: 8.336.100 EUR, Aufwendungen: 11.959.400 EUR

## Anlage 4

**Maßgaben zu den Konsolidierungspotentialen**

Zur Erreichung des Haushaltsausgleichs im Haushaltsjahr 2015 muss ein struktureller Konsolidierungsbeitrag in Höhe von jährlich rund 7 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Konsolidierungsmaßnahmen weiter zu konkretisieren und der Stadtverordnetenversammlung einzeln oder gebündelt spätestens mit der Vorlage des Haushalts 2013 zum Beschluss vorzulegen:

**a) Erhöhung der Grundsteuer B (Konsolidierungspotenzial ca. 2,0 Mio. Euro p.a.)**

Der gegenwärtige Hebesatz für die Grundsteuer B der LHP liegt mit derzeit 493% teilweise unter den Ansätzen vergleichbarer Städte: so liegen beispielsweise die Hebesätze der Landeshauptstädte Schwerin und Dresden bei 550% bzw. 635%. Der Hebesatz der Stadt Leipzig liegt bei 650%. Bereits eine Anhebung des Hebesatzes der LHP auf den Satz der Landeshauptstadt Schwerin würde zu Mehrerträgen in Höhe von mehr als 2 Mio. Euro p.a. führen. Die Verwaltung wird die mögliche Maßnahme einer solchen Grundsteuererhöhung detailliert begründen und die für die Mieter und Eigentümer hiermit im Einzelnen verbundenen Mehrbelastungen herausarbeiten. So würde etwa ein Hebesatz von 545% zu einer Mehrbelastung von rund 1 €/Monat für eine durchschnittliche Mietwohnung bzw. von rund 2,40 €/Monat für ein Einfamilienhaus führen.

**b) Entlastungsbeiträge aus verbundenen Unternehmen (ca. 1,0 bis 1,5 Mio. Euro p.a.)**

Optimierung der Finanzströme zwischen der Landeshauptstadt und ihren Beteiligungen, Realisierung erhöhter Gewinnabführung aus verbundenen Unternehmen. Darin eingeschlossen: Überprüfung der Notwendigkeit der Ko-Finanzierung des ÖPNV durch die Landeshauptstadt (Finanzierungsvertrag mit der SWP) und Erschließung weiterer Potenziale in einer Größenordnung von mindestens 1,0 Mio. € bis 1,5 Mio. € jährlich im Mittelfristzeitraum bis 2015/2016.

**c) Strukturelle Einzelmaßnahmen der Geschäftsbereiche (ca. 4,0 Mio. Euro p.a.)**

Die Geschäftsbereiche erarbeiten im Rahmen ihrer Produkt- und Budgetverantwortung mögliche Maßnahmen zur nachhaltigen und strukturellen Haushaltsverbesserung. Das Konsolidierungsvolumen liegt dabei in einer Größenordnung von unter 1% des Gesamtaufwandes der LHP. Für die Aufteilung eines Konsolidierungsvolumens von insgesamt 4 Mio. Euro p.a. auf die einzelnen Geschäftsbereiche wird in der Verwaltungsführung ein angemessener Verteilungsschlüssel entwickelt und abgestimmt, z.B. Quotenbildung nach dem Anteil des jeweiligen Geschäftsbereichs am Gesamtzuschussbedarf, nach dem Anteil des Geschäftsbereiches an dem Gesamtaufwand oder orientiert an den Freiheitsgraden der Aufgaben des Geschäftsbereichs.

Bei der Erarbeitung diesbezüglicher detaillierter Konsolidierungsmaßnahmen sollen insbesondere folgende Ansätze näher untersucht werden:

- Optimierung der Kostendeckungsgrade um 1%- bis 2%-Punkte durch Aufwandsreduzierung bzw. Ertragserhöhung

- Erschließung von Wirtschaftlichkeitseffekten durch die Konzentration auf Kernaufgaben; das heißt, das Leistungsportfolio wird auf Möglichkeiten der alternativen Leistungserstellung durch Dritte kritisch durchleuchtet und es werden entsprechende Wirtschaftlichkeitsvergleiche durchgeführt.
- Durchführung einer Aufgabenkritik und Aufgabenzweckkritik unter dem Gesichtspunkt der strategischen Zielsetzungen der LHP. Entsprechen die freiwilligen Aufgaben und ihr jeweiliger Umfang (noch) den Zielen der LHP?
- Untersuchung der Standards bzw. Wahrnehmungsintensität der Aufgabenerfüllung im Hinblick auf Zielerreichung und Zweckmäßigkeit
- Erschließung von Potenzialen durch Struktur- und Geschäftsprozessoptimierung. Hier sollen insbesondere die Möglichkeiten der Optimierung durch Aufgabenbündelung im Konzern Stadt und/oder mit Dritten (Shared-Service-Center) untersucht werden

**d) Abschaffung des Begrüßungsgeldes (Konsolidierungspotenzial ca. 270 T€ p.a.)**

Seit 2001 erhalten Studierende bei Anmeldung ihres Hauptwohnsitzes in Potsdam ein Begrüßungsgeld in Höhe von 50 EUR pro Semester. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung, die somit grundsätzlich disponibel ist. Die LHP hat sich zu einer äußerst attraktiven Stadt im Land Brandenburg mit einem deutlichen jährlichen Bevölkerungszuwachs entwickelt. Damit ist die Erforderlichkeit der Maßnahme mit Blick auf die ursprüngliche Zielsetzung fraglich. Zudem verursacht die organisatorische Abwicklung einen relativ hohen administrativen Aufwand.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

Änderungsantrag

zur Drucksache Nr.

Ergänzungsantrag

11/SVV/0907

Neue Fassung

öffentlich

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Betreff: Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Erstellungsdatum 22.05.12

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
23.05.12	FA		
06.06.12	SVV		X

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2012 einen Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013 / 2014 vorzulegen. Dazu sind die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung fortzuschreiben.
2. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 ist:
  - die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,
  - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.
3. Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene Fehlbedarf soll nicht überschritten werden.
4. Zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 sollen die in der Anlage vorgelegten Maßnahmen geprüft und der Stadtverordnetenversammlung in einem Bericht bis Oktober 2012 vorgelegt werden. Wird mit den in der Anlage vorgelegten Maßnahmen der Haushaltsausgleich 2015 nicht erreicht, so wird die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung mit dem Bericht zur Entscheidung vorzulegen.
5. Die Umstellung auf die strategische Haushaltsaufstellung erfolgt mit dem Haushaltsentwurf 2015.

Fortsetzung Beschlusstext S. 2  
Anlage 1 zu Ä 11/SVV/0907

Unterschrift

Begründung siehe Anlage

## Änderungsantrag zu BV 11/SVV/0907

Seite 2, Fortsetzung des Beschlusstextes

6. Die Erarbeitung von strategischen Zielen für die Stadt erfolgt auf der Grundlage der in den letzten Jahren beschlossenen Konzepte. Diese werden zu einer Gesamtstrategie unter Auflösung von Zielkonflikten und Überprüfbarkeit der finanziellen Realisierungsmöglichkeiten zusammengeführt. Die Ziele werden als Grundlage für die zukünftige strategische Haushaltsführung mit den Bürgerinnen und Bürgern in einem prozessbegleitenden Verfahren entwickelt. Die Ziele werden vor Beginn der Eckwerteberatung für den Haushalt 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
7. Für die Haushaltsplanung werden folgende Termine festgelegt:

SVV-Termin	Maßnahme
Juni 2012	Grundsatzbeschluss und Vorlage Jahresabschluss 2009
Oktober 2012	Vorlage des Eckwertebeschlusses und des Prüfberichtes über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015
Dezember 2012	Vorlage eines Berichtes über den vorläufigen Ist-Stand für den Jahresabschluss 2010 im Finanzausschuss
Januar 2013	Einbringung des Entwurfes der Satzung für den Doppelhaushalt 2013/2014
März 2013	Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2010 und Beschluss des Doppelhaushaltes 2013/2014
Juli (HA) 2013	Vorlage der korrigierten Eröffnungsbilanz und der fehlenden Jahresabschlüsse

**Anlage 1 Eckwertebeschluss 2013**

Zu folgenden Maßnahmen soll die Verwaltung bis Oktober 2012 einen Prüfbericht vorlegen. Die auf Grundlage des Prüfberichts beschlossenen Maßnahmen werden bei der Haushaltssatzung 2013/14 berücksichtigt.

Lfd. Nr.	Maßnahme	Ziel bzw. Beschreibung / Begründung
1	Überprüfung aller Steuersatzungen und Gebühren und Entgeltordnungen	Anpassung aller Gebühren und Steuern, die trotz der seit Jahren steigenden Bevölkerungszahlen rückläufig sind bzw. stagnieren. Das Bevölkerungswachstum wirkt sich auf die Steuern und Gebühren einer Kommune normaler Weise Einnahme steigernd aus. Die Darstellung der Steuererwartungen der LHP weisen hingegen bei vielen Steuern und Gebühren stagnierende Werte aus. Für Steuern, die deutlich vom Bundesdurchschnitt von Städten mit vergleichbarer Bevölkerungszahl abweichen, soll eine Sachstandsdarstellung zur Begründung vorgelegt werden.
2	Vorlage einer Aufstellung über auslaufende Fördermittel für den Zeitraum 2013 – 2016 mit der Haushaltsaufstellung 2013. Keine Kompensation von wegfallenden Fördermitteln der Europäischen Union, des Bundes, sowie des Landes durch Haushaltsmittel der LHP ohne Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung bis zur Erreichung des Haushaltsausgleiches.	In den letzten Jahren sind mehrfach neue haushalterische Belastungen durch die Kompensation von temporär gewährleisteten Zuschüssen und Förderungen entstanden. Potsdam ist finanziell bis zum Erreichen eines materiellen Haushaltsausgleichs nur in Ausnahmefällen in der Lage, Mittel die auf höheren staatlichen Ebenen zu Ungunsten der Stadt oder städtischer Zuwendungsempfänger gekürzt werden, aus dem eigenen Haushalt zu ersetzen.
3	Bei Inanspruchnahme von Förderprogrammen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes ist zukünftig durch die Verwaltung eine Folgekostenrechnung mit der Beschlussvorlage für die SVV vorzulegen.	Die Inanspruchnahme von Fördermitteln kann eine sinnvolle Ergänzung von Finanzierungen sein. Wenn durch die Inanspruchnahme von Förderprogrammen jedoch zusätzliche, langfristige Belastungen für den städtischen Haushalt entstehen, wirken sie sich Defizit erhöhend aus.
4	Plan zum Abbau der kumulierten Fehlbeiträge im Ergebnishaushalt der LHP	Der Ausgleich des kommunalen Haushaltes ist bis zum Jahr 2016 geplant. Mit dem Haushalt 2013 wird ein Plan vorgelegt, nachdem beginnend im Jahr 2013 mit der Abbau der aufgelaufenen Verbindlichkeiten begonnen wird.
5	(Nachwuchs)-Förderprogramm zur Fach-	Sicherung der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung trotz der Notwendigkeit erheblicher

	kräftesicherung.		cher Effizienzsteigerungen zur Erreichung der Konsolidierungsziele durch die Erarbeitung eines Weiterbildungs- und Nachwuchsförderprogramms zur Fachkräftesicherung.
6	Ausbau und Erneuerung der IT-Infrastruktur		Ausrüstung der Stadtverwaltung mit moderner energieeffizienter IT-Technik (Green IT) und Einführung der elektronischen Aktenverwaltung zur Prozessoptimierung. Prüfung einer Anschaffung über ein Mietmodell, um in regelmäßigen Abständen die Bestandserneuerung zu gewährleisten. Vorlage eines Beschaffungsprogramms Green IT bis zum Frühjahr 2013
7	Darstellung über die Auswirkungen eines Selbstbindungsbeschlusses zur Fest-schreibung der freiwilligen Ausgaben auf dem Niveau 2012 bis zum Jahr 2014.		Beginn mit der Einführung der elektronischen Akten- und Dokumentenverwaltung und Angleichung und Erneuerung der in der Verwaltung genutzten Standardsoftware.
8	Optimierung der Finanzströme zwischen der Landeshauptstadt und den städtischen Unternehmen		Um neue Belastungen für den Haushalt zu vermeiden und die Auswirkungen von Sparmaßnahmen besser einschätzen zu können, braucht es eine Darstellung der Wirkung von Maßnahmen insbesondere bei freiwilligen Leistungen.
9	Begrüßungsgeldzahlungen für Studierende auf ihren Nutzen hin prüfen		Durch das Beteiligungsmanagement sind die Finanzierungs- und Steuerströme aller kommunalen Betriebe und Beteiligungen zu optimieren und Synergien zu erschließen. Die Abführungsverträge der Tochterunternehmen sind auf ihre Angemessenheit hin zu überprüfen und ggf. anzupassen.
10	Darstellung der Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Mittelfristigen Planung von der Reduzierung der investiven Schlüsselzuweisungen durch das Land betroffen wären.		Vor der Streichung soll durch die Verwaltung dargestellt werden, ob oder dass die gewünschten Effekte mit der Maßnahme nicht erreicht wurden.
11	Vorbereitung eines Kommunales Dienstleistungszentrum		Mittelfristig fehlen auf der Basis der derzeit beschlossenen Planung 16,2 Mio. € Finanzierungsmittel für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Grund ist die zu erwartende Reduzierung der investiven Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund der Verringerung der SOBEZ Mittel bis zum Jahr 2019 auf null. Diese Lücke kann allein durch Zuführungen von Überschüssen aus dem Ergebnishaushalt nicht kompensiert werden. Auf der Grundlage der Investitionsplanung, der zu erwartenden Einnahmen und der geplanten Überschüsse muss die Investitionsplanung überarbeitet werden.
12	Budgetorientierte Darstellung aller Etaterhöhung im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012		Es lassen sich durch die Zusammenlegung von Aufgaben wie zum Beispiel Personalbewirtschaftungen erhebliche Einsparungen erreichen. Mögliche Varianten sind eine Zusammenarbeit im Konzern Stadt oder im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Landkreis PM.
13	Finanzierungsplan Karl-Liebknecht Stadt-		In den Eckwerten sind in den einzelnen Fachbereichen zum Teil Erhöhungen der Ansätze im Vergleich zum Jahr 2012 aufgeführt. Diese sollen im Rahmen des Berichtes plausibilisiert werden und durch die SVV in einer nochmaligen Beschlussfassung legitimiert werden.
			Um die Auswirkungen der Investitions- und Betriebskosten des vom SV Babelsberg 03

	on vorlegen	und FFC Turbine Potsdam bespielten Karl-Liebknecht Stadion auf den städtischen Haushalt besser steuern zu können soll eine finanzielle Gesamtplanung und Trägerüberprüfung erfolgen.
14	Konzept zur Werterhaltung städtischen Vermögens von Bauten, Grünanlagen und Straßen vorlegen	Ein tatsächlicher Haushaltsausgleich im Sinne der doppelten Haushaltsführung kann nur erreicht werden, wenn kein Vermögensverzehr des vorhandenen städtischen Vermögens durch den Verzicht auf Werterhaltungsmaßnahmen erfolgt. Es bedarf einer regelmäßigen und kontinuierlichen Werterhaltung des Vermögens. Dabei sind die Vorschläge des PWC Gutachtens zur Grünpflege in die Prüfung mit einzubeziehen.
15	Konzept zur selbständigen Baulandentwicklung durch die Stadt (zuerst Kosten, später Einnahmesteigerung)	Im Produkt 11131 Allgem. wird das Ziel der Entwicklung der stadteigenen Grundstücke benannt. Hierzu bedarf es konkreter, konzeptioneller Schritte, deren finanzielle Machbarkeit geprüft werden müssen.
16	Übersicht zu den betriebswirtschaftlichen Kosten der Nutzung von Sportanlagen	



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

Änderungsantrag

zur Drucksache Nr.

Ergänzungsantrag

11/SVV/0907

Neue Fassung

öffentlich

**Einreicher:** Stadtverordneter Jäkel, Fraktion DIE LINKE

**Betreff:** Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Erstellungsdatum 02.05.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.05.2012	Stadtverordnetenversammlung		

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

In Anlage 4, Seite 2 ist der Punkt d) „Abschaffung der Begrüßungsgelder für Studenten“ zu streichen.

gez. R. Jäkel

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Begründung siehe Anlage



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.  
112/SVV/0907

öffentlich

Einreicher: Fraktion Potsdamer Demokraten

Betreff: Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Erstellungsdatum 16.05.2012

Eingang 902: 16.05.12

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.06.2012	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Ziff. 1, dritter Aufzählungspunkt, erhält folgende Fassung:

Die beigefügten Budgetvorgaben für den OB und die Geschäftsbereiche (Anlage 2) werden auf dem Stand des Jahres 2012 eingefroren.

Hiervon ausgenommen sind lediglich die auf Grund der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes vorgesehenen Steigerungen.

#### Begründung:

Die Budgetvorgaben der Geschäftsbereiche sehen erneut ein Defizit in Höhe von ca. 11,3 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2013 vor. Nach den Unterdeckungen der Jahre 2010 (= 12,4 Mio. Euro), 2011 (21,5 Mio. Euro) sowie 2012 (= 10,8 Mio. Euro) erhöht sich dadurch das Defizit auf insgesamt 56 Mio. Euro, obwohl in diesen Jahren die Erträge (= Einnahmen) von 437,5 Mio. Euro im Jahre 2010 über 476,8 Mio. Euro im Jahre 2011 und 505,1 Mio. Euro im Jahre 2012 auf nunmehr 506,7 Mio. Euro (geplant) im Jahre 2013 gestiegen sind.

Das Problem des Haushalts der Landeshauptstadt Potsdam ist deshalb kein Problem der Einnahmen, sondern eines der ungezügelt anwachsenden Ausgaben. Insofern gilt es, weitere Ausgaben-Steigerungen zu vermeiden – das Erschließen zusätzlicher Einnahmen z. B. durch die Erhöhung der Grundsteuer B ist unter diesen Umständen nicht erforderlich.

Bereits für das Haushaltsjahr 2012 sind die Ausgaben in allen Geschäftsbereichen deutlich erhöht worden, so dass die Empfänger der Leistungen mehr als zufrieden gestellt wurden. Insofern erschließt sich die Notwendigkeit erneuter Steigerungen – mit Ausnahme der Personalkosten auf Grund der Tarifabschlüsse – nicht, zumal dafür die LHP neue Schulden machen muss.

Im Jahr 2012 werden der OB und die Geschäftsbereiche 1 – 4 zusammen 480,1 Mio. Euro aufwenden, im Jahr 2013 sind 488,8 Mio. Euro Aufwendungen geplant<sup>1</sup>. Mit der Änderung würden deshalb insgesamt 8,7 Mio. Euro eingespart, von denen allerdings noch die Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes zu subtrahieren sind.

gez. Peter Schultheiß

Unterschrift

Begründung siehe Anlage

<sup>1</sup> Die Zahlen ergeben sich aus der Anlage 2 des Eckwertebeschlusses, vermindert um die allgemeinen Finanzierungsmittel

**Landeshauptstadt Potsdam  
Stadtverordnetenversammlung**

**Anwesenheitsliste**

Gremium Ausschuss für Kultur	Sitzungstag 16.08.2012	Sitzungs-Nr. 0017/KA/12	Sitzungsdauer: von - bis 18:00                    Uhr
---------------------------------	---------------------------	----------------------------	--

Sitzungsleitung:	Frau Dr. Karin Schröter
------------------	-------------------------

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

**Ausschussvorsitzender**

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE		
-------------------------	-----------	--	--

**Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE		
Herr Till Meyer	SPD		
Frau Birgit Morgenroth	SPD		
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU		
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen		
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten		

**stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE		
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE		
Frau Klara Geywitz	SPD		
Frau Hannelore Knoblich	SPD		
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen		

Herr Björn Teuteberg	FDP		
Herr Wolfgang Cornelius	CDU		

### sachkundige Einwohner

Herr Benjamin Bauer	Die Andere		
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP		entschuldigt
Herr Harald Haase	Behindertenbeirat		
Frau Bettina Klusemann	SPD		
Herr Ralf Matura	CDU		
Herr Dr. Helmut Przybilski	SPD		
Frau Elisabeth Schöneich	Grüne/B90		
Frau Carla Villwock	DIE LINKE		
Frau Kerstin Walter	DIE LINKE		

### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski			
------------------------------	--	--	--

### Fachbereichsleiterin Kultur und Museum

i.V. Frau Bianka Peetz-Mühlstein			
----------------------------------	--	--	--

### Gäste:

Herr Lücke

Herr Oldag

Frau Mattek